

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V.

Berlin, August 2011

61. Jahrgang, Nr. 705/706

Trauer, Gedenken und Mahnung bei den Feierlichkeiten

Am 13. August fanden unter Beteiligung oder auf Initiative der VOS viele Veranstaltungen statt

In vielen Städten und Gemeinden Deutschlands herrschte an diesem 13. August um 12 Uhr mittags totale Stille. Man gedachte des Mauerbaus vor einem halben Jahrhundert und der bekannten und unbekanntenen Opfer dieses fürchterlichen Bauwerks. Ob mit Ansprachen, durch Kränze oder durch Zeitungsbeiträge, das Bedürfnis war groß, die bis heute anhaltende Erschütterung über den Bau eines solchen Ungeheims, aber auch die Erleichterung über die Beseitigung zu bekunden.

An vielen Plätzen war die VOS mit ihren Kameradinnen und Kameraden anwesend, teilweise hat-

te sie die Veranstaltungen selbst organisiert und wichtige Politikerinnen und Politiker eingeladen.

Die Öffentlichkeit richtete das Augenmerk auf die Kundgebung in der Berliner Bernauer Straße, durch die die Mauer einstmals verlief. Der Bundespräsident, der Regierende Bürgermeister und weitere Persönlichkeiten widmeten sich in ihren Ansprachen den Geschehnissen an jenem Augusttag im Jahr 1961, sie riefen gegen das Vergessen des begangenen Unrechts auf und wiesen auf die vielen Toten hin, die durch Schüsse, Minenexplosionen oder grenzbedingte Unfälle ihre Leben verloren.

In Koblenz trafen auf dem Gelände der BUGA zwei Landesgruppen der VOS zu einer gemeinsamen Mahnaktion zusammen, bei der sie auf ein reges Interesse seitens der Besucher der Gartenschau stießen und das mitgebrachte Info-Material verteilen konnten.

In Chemnitz lud die VOS im ehemaligen Stasi-Gefängnis auf dem Kaßberg zu einer gut besuchten Gedenkfeier ein (Foto). Hier, wo mehr als dreißigtausend politische Häftlinge innerhalb mehrerer Jahrzehnte als Nutznießer des bundesdeutschen Freikaufprogramms ihre Reise in den Westen antraten, atmet die Vergangen-

heit noch spürbar den Geist, der diesem einstigen Bahnhof zur Freiheit entströmte. Erfreulich, dass gerade hier die Verantwortlichen das entsprechende Pflichtbewusstsein, aber auch das erforderliche Fingerspitzengefühl im Umgang mit der Geschichte und den Kommunismus-Opfern entwickelten und einen Rundgang zuließen.



Auch im kleineren Rahmen war man sich der Tragweite jenes nun so lange zurückliegenden Ereignisses bewusst und richtete sich darauf ein. So verlegte die Bezirksgruppe Ostwestfalens der VOS ihr turnusmäßiges Halbjahrestreffen ausdrücklich einen

Monat vor, um des Mauerbaus, aber auch des Mauerfalls zu gedenken.

Auch wenn die Kameradinnen und Kameraden mittlerweile älter werden, ist doch keiner unter ihnen, der freiwillig darauf verzichteten wollte, zusammen mit den Gefährten den Maueropfern seine Ehrerbietung zu erweisen.

Dass es anlässlich des historisch eindeutigen Datums auch zu Negativ-Diskussionen und Falschdarstellungen kommen würde, stand bereits im Vorfeld fest. Wurde der Mauerbau doch von den notorischen Geschichtsverdrehern als notwendige Maßnahme zur Friedenssicherung bezeichnet. Todesschüsse, Minen, Selbstschussanlagen, Streckmetallsegmente und Stacheldraht seien unverzichtbar gewesen. Dass es sich letztlich nur um den Frieden einer kleinen Schicht von Diktatoren und ihren Anhängern handelte, wurde üblicherweise weggelassen.

Immerhin wurde der Anlass auch genutzt, noch einmal auf die Situation der Opfer hinzuweisen. Noch immer gibt es Nachholbedarf bei der Gewährung der Ehrenpension oder bei der Anerkennung von Haftschäden.

Lesen Sie mehr im Innenteil dieser Fg. A. R.

Der 13. August als Geschichtsdatum hat es in sich. Natürlich, vom Bau der Mauer im Jahr 1961 wissen wir alle, über die 50-jährige Wiederkehr dieses Ereignisses wurde in diesem Monat viel berichtet – Wahres und Unwahres. Doch ein anderer sogenannter runder Jahrestag fiel ebenfalls auf dieses Datum: Der kubanische Revolutionsführer Fidel Castro beging seinen 85. Geburtstag. Dass dieser Mann historische Fakten geschaffen hat, dass er ein ganzes Volk, ein ganzes Land unter die Knute der sozialistischen Herrschaft gezwungen hat, weiß man. Ohne ihn, davon darf man ausgehen, wäre Kubas Entwicklung sicherlich anders verlaufen.

Als 1961 die Mauer gebaut wurde, befand sich Kuba bereits zwei

Jahre auf dem „Weg zum Sozialismus“. Seit 1959 auch war Castro Regierungschef, er gab dieses Amt erst 2008, als es aus gesundheitlichen Gründen wahrlich nicht mehr anders ging, ab. Man sieht daran einmal mehr, welch ein Unglück es für die Völker ist, wenn Parteichefs, Oberste Sowjets oder Staatsratsvorsitzende danach trachten, ihre Ämter bis zur endgültigen Reglosigkeit und zur totalen Gehirnverkalkung ausüben zu können. Castro folgt mit diesem Anspruch ohne wesentlichen Abstrich den Beton-Ikonen aus dem Kreml wie auch den Ulbrichts oder Honeckers.

Niemand weiß genau, wie viele Menschen auf Kuba aus politischen Gründen verfolgt und inhaftiert waren. Niemand auch weiß, wie viele Flüchtlinge bei dem Versuch, über den Golf von Mexiko oder den Atlantik nach Florida zu gelangen, ertrunken sind. Wissen sollte man jedoch, dass es eben jener Fidel Castro war und ist, der die Verantwortung dafür trägt.

Auch heute noch hält die Fluchtwelle an. Florida wimmelt von Kubanern. Die Geflüchteten sind vielfach in der Touristenbranche tätig. Spanisch ist zu einer Sprache geworden, die man auf der Straße fast so häufig hört wie Englisch. Fragt man jemanden, ob und wann er oder sie nach Kuba zurückgehen möchte, trifft man auf Ablehnung. Auch nach Fidel Castros Tod wird

es auf dem Inselstaat schwierig sein. Politisch und wirtschaftlich sowieso. Durch den Zusammenbruch des sozialistischen Blocks in Europa fallen sowohl Unterstützungen wie auch vorteilhafte Wirtschaftsbeziehungen weg. Kuba muss sich selbst durchboxen, auf dem Weg des Sozialismus ...

Ich halte diese hiermit abgeschlossen Geschichtsnotiz für wichtig, da an anderer Stelle kaum auf Castros Geburtstag eingegangen wurde. Wohingegen die Medien in erwartetem Umfang über das Thema Mauer berichtet haben, was natürlich notwendig war. Von mehreren Seiten wurde ich auf die Aufmachung der Tageszeitung „junge Welt“ aufmerksam gemacht, welche in zynischer Niedertracht für die (teils vermeintlichen) Errungenschaften des Sozialismus nach dem Mauerbau dankt. Darunter auch „28 Jahre Hohenschönhausen ohne Hubertus Knabe“.

Man kann über diese Geschmacklosigkeit bestenfalls lächeln. Wer auf diese Weise Propaganda betreibt, findet ohnehin nur Bestätigung in den Reihen der aussterbenden Sozialisten. Wer heutzutage die Mauer mit den alten Parolen verteidigt, wird auf der politischen Bühne keine Beachtung finden. Mag sein, dass dem System DDR keine andere Möglichkeit des Überlebens geblieben war, spricht das doch nur umso mehr für die mangelnde Attraktivität und die verkrampfte Selbstdarstellung des Sozialismus. Selbst in der Linken mehren sich die Interessenten an einer objektiven Aufarbeitung der Geschichte. Die Partei, vorweg das keineswegs unumstrittene Spitzenduo, tut sich keinen Gefallen, wenn sie offiziell an ihren ideologischen Binsenweisheiten festhält.

Abschließend eine Meldung ganz anderer Art: Am 13. August beging der VOS-Bundesvorsitzende Johannes Rink seinen 70. Geburtstag. Man sieht, dieser Tag gibt nicht nur Anlass zum Gedenken und Klagen. Herzlichen Glückwunsch von der Freiheitsglocke und noch weitere erfolgreiche Amtsperioden.

Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter

+++ dokumentiert +++

Tod durch die Selbstschussanlage – sinnlos und grausam

Ein etwa 30 Jahre alter OP-Bericht eines Arztes

Die Wirkung der Sprengladung der Selbstschussanlage SM-70 (Splittermine) auf den menschlichen Körper geht aus einem Bericht hervor, den ein westdeutscher Arzt vor etwa 30 Jahren abgegeben hatte. Er hatte in einer langwierigen Operation erfolglos versucht, einem durch die Todesautomaten verletzten jungen DDR-Flüchtling das Leben zu retten: *Die unregelmäßig geformten, scharfkantigen und gezackten Metallsplitter des Sprengkörpers, die in ihrer Wirkung Dumdumgeschossen gleichkommen, wenn nicht übertreffen, hatten am linken Oberschenkel in der Tiefe die dort gelagerten Gefäße an mehreren Stellen so zerfetzt, dass eine Gefäßnaht sich äußerst schwierig gestalten ließ und die Operationszeit erheblich verlängerte. Den schweren Entblutungsschock, die Länge der Operation und den dadurch bedingten massiven Einsatz von Blutkonserven und Blutersatzmitteln hat schließlich selbst ein junger Organismus nicht mehr verkraften können.*

Nach Einschätzung von Ärzten führte der Einsatz der SM-70-Anlagen bei getroffenen Flüchtlingen auch im Überlebensfall zu irreparablen Verletzungen.

Über den „Friedenscharakter“ des DDR-„Schutzwalls“

Tod und Verderben auf mehr als 1.600 km Grenze

Ende der 1970er Jahre wird geschätzt, dass sich an der DDR-Staatsgrenze bis zu 900.000 Minen (einschließlich SM-70), 665 Beobachtungstürme, 900 Erdbunker, 996 Hunde und 271 Lichtsperranlagen befinden. Die Dienstvorschrift bei den Grenztruppen besagt: *Der gezielte Schuss auf einen Grenzverletzer ist für den Schützen keine Frage des Gewissens, er ist Notwendigkeit, um unseren friedlichen Staat vor Provokationen und verbrecherischen Elementen zu schützen.*

Aus: Joachim Specht/Knalltrauma Erfindung und Verderben der Selbstschussanlagen SM 70 ISBN 3-932805-43-7, 14,90 €

**Thema des Monats:
50 Jahre Mauerbau**

**Die Landes- und Bezirksgruppen gedenken bei
Veranstaltungen bundesweit der Opfer und des
Widerstands der SED-Diktatur**

*Berichte, Kommentare, Erinnerungen.
Bekanntes und Unbekanntes*

**Titelseite: Viele Aktivitäten an vielen Orten
des Landes zum 13. August**

Redaktionsthema:

Nicht nur der Mauerbau fand rückblickend in
einer runden Jahreszahl statt. Der Kubaner Fidel
Castro beging seinen 85. Geburtstag 2

Die Mauer und nichts als der Tod 2
Zwei dokumentarische Berichte

In einer Nachtundnebelaktion nach Berlin 4
Persönliche Erinnerungen an den Mauerbau

Die Schüler wissen viel zu wenig 4
Zeitzeugenarbeit in NRW

130 Jahre Zuchthaus für Minderjährige 5
Vor 60 Jahren standen die Werdauer Ober-
schüler vor Gericht

Wenn Geschichte persönlich wirkt 6
Drei prägende Ereignisse in einem Leben

Wenn Geschichte (fast) vergessen ist 6
Vor 40 Jahren erhielt Ceausescu das Große
Verdienstkreuz der Bundesrepublik

Wenn Geschichte nachwirkt 6
Aufarbeiten, aber nicht(s) vergessen

**Achtung! Einladung zum nächsten
Buchenwald-Treffen beachten!** 7

Gegendarstellung 7

Die BUGA ein guter Ort für die VOSler 8
VOS-Landesgruppen informieren die Besucher
der Gartenschau über Geschichtliches

Das letzte Schlupfloch war geschlossen 9
Detlef von Dechend spricht auf der Gedenk-
veranstaltung in Koblenz

Die Linke ist aus Trotz dagegen 10
Petra Dietz bleibt dennoch Opfer-Beraterin

Gedenkveranstaltung in Bielefeld 10
Kleiner Kreis, großes Engagement

Alle Prospekte und Flyer verteilt
Gerd Franke mit seinen Eindrücken 10

Einstmals der Bahnhof in die Freiheit
Chemnitzer Kaßberg sollte bitte zur Gedenk-
stätte werden 11

Blumen ablegen verboten!
Aber Thälmann ehren erlaubt!
Über Bautzener Legenden 12 - 13

Von der Haft nach Down under
Die zwei Leben des Rudy Parlau 14

Das Motorrad blieb stehen
Der DDR-Besuch endete im Knast 15

Im Laufschrift und die MPI im Nacken
Endlich mehr Infos über die Jugendwerkhöfe
der DDR aus persönlichem Erleben 16 - 18

Jugendliche aus vielen Ländern waren da
Internationales Workcamp in Sachsenhausen 18

Glossiert: Wäre das die Lösung?
Über heutige Bedingungen in der Haft 19

Flugblätter vor mehr als sechzig Jahren
Späte Ehrung in Markleeberg für geleisteten
Widerstand 19

Ein Auf und Ab mit Schule, Studium und Haft
Christian Lappe aus den USA mit dem zweiten Teil
seiner Haft- und Lebensgeschichte 20

Die Würde des Menschen und die Wahrheit
Die total andere Buchvorstellung der DDR-
Militärs 21

**Die Systeme waren sich sehr ähnlich, die Auf-
arbeitung ist es nicht**
Spanische Studentinnen und Studenten infor-
mieren sich bei der VOS Berlin 22

Auch nach dem Tod kein Ehrenrente
Witwe von HVA-Chef Wolf geht leer aus 22

Wir erwarten die Gleichbehandlung!
Brief an Politiker bringt die (berechtigten) For-
derungen der SED-Opfer auf den Punkt 23

Weitere Einzelschicksale aufgeklärt
Zweite Auflage „Abgeholt und verschwun-
den (2)“ in Sachsen-Anhalt 24

- Hinweise, Info, Zitate 4, 5, 7, 19

- Veranstaltung, Einladung 7

- Verstorbene, Nachruf 5, 23

- Impressum, Mitteilungen 24

**Spendenfreude der Kameradinnen und Kameraden rückläufig
Bundesvorstand appelliert an alle: VOS muss am Leben (und solvent) bleiben!**

Christa Kirchner, Heinz Baumann, Karin und
Rudolf Tantz, Wilhelm Sperling, Fritz
Schaarschmidt, Margarete und Albin Lichy, Wal-
traud Willing, Helga Hundertmark, Jürgen Kurt
Wenzel, Helmut Günther, Horst Eugen Schönberg,
Karl-Heinz Porzig, Rosemarie und Horst Badock,
Ingrid und Alfred Czubek, Margarete und Albin
Lichy, Günter Arndt, Herbert Söllner, Waltraud
und Georg Dammköhler, Günter Kowalczyk.

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,
im Vergleich zu den Vormonaten ist die Bereitschaft unse-
rer Mitglieder, die VOS mit ihren Spenden zu unterstützen,
zurückgegangen. Da das Jahr noch lang ist und die nächs-
ten Jahresbeiträge erst 2012 fällig werden, bitten wir um
weitere Unterstützung. Ein Überweisungsträger liegt dieser
Ausgabe bei. Bitte bedenkt: Jede Spende nützt nicht nur
dem Verband, sondern auch der Sache der Opfer. Der toten
und der lebenden.
Der VOS-Bundesvorstand

Viele gewöhnten sich im Laufe der Jahrzehnte an diesen Zustand

Persönliche Erinnerungen an die Errichtung der Berliner Mauer und die Zeit danach

Als ich kürzlich von jemandem gefragt wurde „Die Mauer konnte man doch nicht an einem Tag gebaut haben, oder?“, da dachte ich daran, wie damals alles angefangen hatte.

Zuerst haben alle Einheiten des Mdi (Ministerium des Innern), der Armee, der Polizei, der Kampfgruppen sowie die Genossen der Betriebe in einem Ausnahmezustand gestanden und auf Befehle „von oben“ gewartet. Dann begannen sie auf der Seite von Ostberlin und der DDR an der Grenze gemeinsam Stacheldraht auszurollen, damit keiner mehr ungehindert den Westsektor betreten konnte. An den wichtigsten und markantesten Stellen von Berlin wurde sofort angefangen zu mauern.

Die Panzereinheiten von Eggesin (damals Militärstandort der „Volks“armee in Vorpommern) wurden schon am 12. August 1961 in Alarmbereitschaft versetzt, sie mussten dann nachts in einem Blindflug von Eggesin bis nach Berlin durchfahren (mit einer Höchstgeschwindigkeit von 54 Km/h), um am Morgen zur Grenzschießung vor Ort zu sein. Da sämtliche Ortsschilder an der Strecke verhängen waren, wusste niemand aus der Marschkolonnen genau, wo man lang fuhr. Selbst die Soldaten, die aus Berlin stammten, erkannten erst ab Oranienburg, wo wir uns befanden.

Am Brandenburger Tor angekommen, wurden die Armee-Truppen von der empörten Menschenmenge mit allem, was man werfen konnte, beworfen; so aufgebracht war die Bevölkerung von Berlin über die Lüge von Walter Ulbricht und den Genossen. Historiker meinen heute, dass kein Chruschtschow und kein Kennedy an der Mauer Schuld waren, sondern ganz allein die SED-Genossen, allen voran Walter Ulbricht, Erich Honecker und andere Mitglieder des Politbüros.

Weiter wurde in und um Berlin eine Sperrzone eingerichtet, die Tag und Nacht bewacht wurde, damit kein Bürger in die Nähe der Grenze zu Westberlin (Mauer) gelangen konnte, der sich nicht mit einem Passierschein für diese Grenzregion ausweisen konnte. Dieser Passierschein besagte, dass der Betreffende dort wohnte oder dort seine Arbeitsstelle hatte. Mit diesem

Passierschein und dem Personalausweis konnte man dann in das Grenzgebiet und brauchte keine Angst zu haben, dass man von den Wachposten festgenommen wurde.

So manchem ist es wie mir ergangen, wenn er seinen Passierschein vergessen hatte und dann zurück nach Hause fahren musste, um ihn zu holen. Die zusätzliche Fahrzeit wurde einem auch noch als Bummelstunde angerechnet. Auch sind durch die Teilung Berlins Situationen eingetreten, mit denen man vorher nicht gerechnet hat. So hatten mit dem Bau der Mauer viele Werktätige ihren festen Arbeitsplatz in Westberlin verloren und wurden nun als Staatsfeinde behandelt. Schlimm waren jene dran, die keine gleichwertige Arbeit in Ostberlin gefunden hatten, denn sie wurden einfach in Arbeitslager gesperrt. Es hieß, sie lebten auf Kosten der Gesellschaft.

Es gab aber auch Menschen, die für diesen Staat aus Protest nicht mehr arbeiten wollten und dann nach Westen suchten, um dem Sozialismus den Rücken zu kehren, auch wenn es über die noch nicht fertige Grenze (Mauer) sein musste. Im Laufe der Jahre und Jahrzehnte gewöhnten sich viele DDR-Bürger an das Leben hinter der Mauer. Sei es, dass sie erst später geboren wurden, oder sei es, weil es ihnen relativ gut ging und die DDR-Regierung sie in Ruhe ließ.

Aber eines wussten alle: Mit Erreichen der Rente durften man endlich in den Westen fahren. Es war der Tag, auf den man sehnsüchtig gewartet hatte. Und wer dann die erste Westreise nutzte, um in die DDR nicht mehr zurückzukehren, über den vergoss das SED-Regime keine Träne, sparte man doch in der DDR die Rente, die sich der Flüchtling an sich rechtmäßig erworben hatte und für die fortan die Rentenkasse der Bundesrepublik aufzukommen hatte.

Nach und nach wurde dann der „sogenannte Antifaschistische Schutzwall“ erweitert und in den weiteren Jahren zu dem, was er 1989 war: das von den Massen gehasste Objekt, das tausende Bürgerinnen und Bürger am 9. November 1989 zu Fall brachten.

Rainer Buchwald, VOS Berlin

Rentengerechtigkeit wichtig für ehemalige politische Häftlinge

Kamerad Fritz Schaarschmidt informiert über den Stand der Anfragen

Zu Fg 704 (Juni 2011), Seite 6/7

Bezüglich der Rente bewegt sich in Berlin einiges. Das Bundessozialministerium meint, sie hätten nichts veranlasst und wären gegenüber Rentenversicherungen nicht weisungsberechtigt. Die Renten-Oberen – möglicherweise von ausgebildeten DDR-Kadern unterwandert? – sagen wiederum beharrlich, sie hätten nur auf Weisung gehandelt.

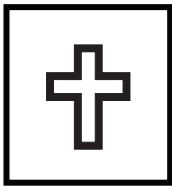
Dabei ist es inzwischen unstrittig, dass die Paragraphen des SGB VI „RÜG“ für Beitrittsbürger gelten sollten, niemals für Bundesbürger mit DDR-Erwerbszeiten!

Fritz Schaarschmidt

Zeitzeugentätigkeit in NRW weiter im Aufwind

Historisches Datum „50 Jahre Mauerbau“ forciert Interesse an den Schulen

(FG) Mit Schwung wurde das Zeitzeugenprogramm der Landesgruppe NRW, unterstützt durch die Bochumer Ruhr-Uni, vor den Sommerferien umgesetzt. Detlef von Dechend, Mitinitiator der Aktion, trat selbst in der Gesamtschule Geschwister Scholl in Lünen im Rahmen des Geschichtsunterrichts auf. Er und seine Frau waren wegen Fluchtversuchs in der DDR zweimal inhaftiert und wurden durch die Bundesregierung freigekauft. Das Interesse der Schülerinnen und Schüler war wieder erfreulich rege. Doch der Informationsstand an den Schulen zeigt, dass es dringend (!) weiterer Zeitzeugenveranstaltungen bedarf.



Wir trauern
um unseren Kameraden
Gerhard Düsterdick

Gerhard Düsterdick wurde am 18.12.1931 als Sohn eines Kraftfahrzeugmeisters in Erfurt geboren. Nach Abschluss der Volksschule begann er eine Lehre im elterlichen Betrieb.

Die folgenschwere Fehlentscheidung seines Vaters, einen Soldaten der Sowjetarmee, der mit der Familie befreundet war, auf dessen Bitte in Richtung Staatsgrenze zu begleiten, brachten den jungen Gerhard Düsterdick, als auch dessen Vater im März 1950 vor das sowjetische Militärtribunal. Beide wurden wegen Beihilfe zum Landesverrat zu jeweils fünfundzwanzig Jahren Arbeitslager und Einzug des gesamten Vermögens verurteilt und in die Strafvollzugsanstalt Bautzen verbracht.

Für den Sohn öffneten sich deren Tore wieder am 16. Januar 1954 infolge einer Amnestie, der Vater verstarb in der Anstalt.

Gerhard Düsterdick hatte bereits unmittelbar nach der Rückkehr in seine Heimatstadt den Geschmack am Leben in der DDR verloren. Es zog ihn in den Westen. Recht und schlecht schlug er sich dort bis 1957 durch, konnte letztlich nicht verwurzeln und versuchte aus Enttäuschung und infolge der Nachricht über die Erkrankung seiner Mutter einen Neuanfang in der alten Heimat.

Die Ereignisse im Herbst 1989 nahm Gerhard Düsterdick zum Anlass, sich nochmals gründlich mit den Irrungen und Wirrungen der vorangegangenen Lebensabschnitte auseinanderzusetzen, teilweise quälend. Im Oktober 1990 trat er in die VOS, Bezirksgruppe Erfurt/Arnstadt ein. Im Jahre 2004 wurde er zum Bezirksgruppenvorsitzenden in Erfurt gewählt und zum stellvertretenden Vorsitzenden der Landesgruppe Thüringen. In den letzten beiden Jahren seines Lebens ließen Gesundheit und Kraft spürbar nach. Daraufhin entschloss sich die Bezirksgruppe, ihn zum Ehrenvorsitzenden zu ernennen.

Am 11. Juni 2011 verstarb unser Kamerad Gerhard Düsterdick.

Wir trauern um einen Kameraden, der sich über viele Jahre unermüdlich dafür eingesetzt hat, dass die Menschen, denen in der DDR Unrecht geschah, in unserer heutigen Gesellschaft, nicht vergessen werden. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren und unsere Arbeit in seinem Sinne weiterführen.



Erfurt, im Juni 2011

*W.-D. Meyer, stellvertr. Vors. der BG Erfurt
Bundesvorstand, Redakteur*

Auch die Urteile von 1950 dürfen nicht vergessen werden!

Im Oktober jährt sich zum 60. Mal der Prozess gegen die Werdauer Oberschüler, bei dem insgesamt 130 Jahre Zuchthaus verhängt wurden

1990 fand die Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland mit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik statt. Darüber wird im Rundfunk, Fernsehen und in der Presse – zu Recht – ausführlich berichtet bzw. geschrieben.

Aber war das, worüber berichtet wurde, schon alles, was es zu berichten gab?

Vor sechzig Jahren fand am 3. Oktober 1951 von 10.00 Uhr bis zum 4. Oktober 0.30 Uhr im Landgericht Zwickau (Sachsen) der Prozess gegen 19 Angeklagte (darunter drei Mädchen), vorwiegend Schüler der Alexander-von-Humboldt-Schule in Werdau statt. Von den Angeklagten waren zu diesem Zeitpunkt noch 17 jünger als 20 Jahre. Alle 19 Angeklagten wurden („Im Namen des Volkes“) zu insgesamt 130 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Was hatten die Angeklagten verbrochen?

Sie hatten „Boykotthetze“ betrieben, indem sie u. a. mit selbstgefertigten Flugblättern gegen die Scheinwahl vom Oktober 1950 und gegen das Todesurteil gegen Hermann Josef Flade aus Olbernhau, der ebenfalls selbstgefertigte Flugblätter gegen das Terrorregime verteilt hatte, protestierten. Außerdem hatten sie mit sogenannten Stinkbomben (kleine Glasröhrchen, die mit Schwefelwasserstoff gefüllt waren) politische Versammlungen in zwei Werdauer Kinos gestört.

Die Urteilsbegründung lautete damals:

„Wegen Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen, Verbreitung und Bekundung tendenziöser Gerüchte, die den Frieden des deutschen Volkes und der Welt gefährden, Spionage und Völkerhass.“

Weitere Ausführungen hierzu sind in der Broschüre „Urteil 130 Jahre Zuchthaus“ (von Achim Beyer) aus der Schriftenreihe des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen nachzulesen.

Auch wenn inzwischen sechzig Jahre seit der Urteilsverkündung vergangen sind, dürfen die Schandurteile des SED-Regimes niemals in Vergessenheit geraten. Sie sollten vor allem in den Schulen immer wieder zur Sprache kommen.

Der Vollständigkeit halber sei angemerkt, dass die Zuchthausstrafen 1956 zur Bewährung ausgesetzt wurden und die Letzten aus der Gruppe der Verurteilten im Oktober desselben Jahres aus der Haft entlassen wurden.

Gerhard Schneider

Ulbrichts Artenschutz – die Folgen sind dauerhafte Schäden

Ulbrichts Artenschutz als Folge des Mauerbaus führte zu (fahr)lässigen Überprofilierung der heutigen „Walter-Kenner“. Ich fühle geradezu schmerzhaft, was da mehr denn je erdrückend, jedoch scheinbar leichtfüßig auf uns zukommt.

Andreas Kaiser, Bonn

Ereignisse, die mein Leben prägten

Jörg Petzold blickt auf historische Eckpunkte zurück

Das zurückliegende 20. Jahrhundert war reich an Ereignissen jeglicher Art. Zwei Weltkriege und zwei Diktaturen prägen das Bild bis heute. Für mich persönlich gab es im Leben fünf herausragende Ereignisse, die mein Sein geprägt haben. Eines davon ist das misslungene Attentat vom 20. Juli 1944. Wäre jener Anschlag gelungen, so wäre Deutschland, Europa und der Welt sehr viel erspart geblieben. Millionen Menschen wären am Leben geblieben und Deutschland wäre vielleicht nicht zerstückelt worden. Es hätte auch keine 15 Millionen Vertriebene gegeben, und Europa hätte sicher einen besseren Weg nach diesem Ereignis nehmen können. Doch der Putsch der deutschen Offiziere misslang, und der Braune aus Braunau konnte sein Leben um neun Monate verlängern. Mir persönlich und Millionen anderen Menschen wären Grausamkeiten erspart geblieben.

Der 17. Juni 1953 war eine weitere Niederlage für mich und viele Menschen. 1964 schrieb ich an den West-Berliner Radiosender RIAS, Bonn solle doch den Sowjets die Ostzone abkaufen. 25 Jahre später ist das quasi auch passiert. Mich jedoch hat die Stasi ein Jahr nach meinem RIAS-Brief für diese unerwünschte Forderung für drei Jahre ins Zuchthaus geworfen. Dies geschah 1965.

Stalin hätte 1952/3 mit Bonn ein ähnliches Abkommen treffen können, wie es 1952 zwischen Adenauer und Ben Gurion geschlossen wurde. Wie Israel hätte auch die Sowjetunion bis heute Geld von Deutschland erhalten können. Später musste Moskau seinen Vasallenstaat für weitaus weniger finanzielle Leistungen abgeben, obwohl es trotzdem noch genug waren.

Leider wurde der Volksaufstand von 1953 durch sowjetische Panzer niedergeschlagen.

Ein geradezu furchtbarer Tag war für mich, aber auch für Millionen Menschen hinter dem Eisernen Vorhang jener 13. August 1961. Im September 1961 bin ich majorenn geworden, und am 1. September bekam ich auch meinen Facharbeiterbrief. Zu spät!, der Absprung in den Westen, der im Oktober erfolgen sollte, gelang nicht mehr. Ich hatte die Rechnung ohne die SED-Kommunisten gemacht, und dabei war mir noch Glück im Unglück beschieden. Paragraph 8 des Strafgesetzbuches brachte mir eine Bewährungsstrafe ein – eine durchaus seltene Strafzumessung für die von mir begangene versuchte Republikflucht.

20. Juli 1944, 17. Juni 1953 und 13. August 1961 – dies waren Ereignisse, die negativ in meinem Leben zu Buche schlugen. Doch jeder Mensch hat aber auch mal die eine oder andere Sternstunde

im Leben. Bei mir war der 8. August 1975 eine dieser wunderbaren Stunden. An diesem Tag konnte ich den verhassten SED-Staat verlassen, 1989/90 war der kommunistische Spuk auf Staatsebene für ganz Deutschland zu Ende. Obwohl ich vordem lange Zeit für die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 war, änderte ich damals meine Meinung und erklärte meine Übereinstimmung mit dem notwendigen 2+4-Vertrag von 1990, der somit allen beteiligten Ländern Sicherheit gab. Wie sonst hätte man zu einer friedlichen Lösung im Zusammenleben europäischer Nationen kommen können.

Der Eiserner Vorhang ist nun weg, die Völker Osteuropas sind fast alle frei, Deutschland ist vereint, und ein Atom- oder konventioneller Krieg ist – hoffentlich – in Zentraleuropa ausgeschlossen. Dies war bis 1989 durchaus keine Selbstverständlichkeit. Ich bin überzeugt, selbst der Dümmste in Deutschland möchte weder die Nazis noch die Kommunisten an der Macht sehen. Gefahren für die Demokratien in Europa drohen von anderer Seite. Sollten die Mächtigen die fiskalischen Probleme nicht in den Griff bekommen, könnte es vielmehr passieren, dass es zu Streiks, Demonstrationen oder Revolten kommt, worauf die Regierungen mit Notstandsgesetzen reagieren würden. Mögen uns all solche Ereignisse erspart bleiben. *Jörg Petzold*

Würde muss sich ein Mensch erarbeiten

Über das Verhältnis von Tätern und Opfern

Eine Handvoll überzeugter Marxisten habe ich als politisch Inhaftierter in der ehemaligen DDR kennengelernt. Menschen, die Anfang der 1960er-Jahre ihren Austritt aus der SED erklärten, waren es wohl auch. Zumindest handelte es sich um Charaktere, denen Anstand und Mut mehr bedeuteten als Heuchelei und Kadavergehorsam. Ihnen kann ich sogar eine Art Respekt zollen. Die sooft zitierten bemitleideten blinden Überzeugungstäter, die heute um ihre Würde kämpfen müssen, kenne ich nicht. Würde muss sich ein Mensch erarbeiten. Haben heuchlerische, skrupellose und machtbesessene Menschen eine solche Würde? Ihre Opfer, die trotz allen Leidens noch menschlich mit ihnen umgehen, haben sich erneut ihre Würde bewahrt.

Das sind allerdings Menschen, die nicht pausenlos davon faseln. Sie schleifen zu viel Erlebtes mit sich durch das Leben, als dass sie nicht oberflächlich mit Begriffen lamentieren. Wie erbärmlich klein müssen ihre Peiniger in ihrem Schatten anmuten? Es ist wohl bezeichnend, dass gerade sie eine imaginäre Würde einfordern, anstatt sie sich selbst zu verdienen. *W. Schmidt, Berlin*

+++ Geschichte +++ Bundesverdienstkreuz

(FG) Vierzig Jahre ist es her, dass der einstige rumänische Diktator Nicolae Ceausescu von der damaligen Bundesregierung mit einer hohen Auszeichnung geehrt wurde. Er erhielt die Sonderstufe des Großkreuzes der Bundesrepublik Deutschland. Dies war 1971 und stellt die höchste von sechs zu vergebenden Stufen dieser Art Auszeichnung dar.

Dem rumänischen Regierungschef, der 1989 sein Ende durch die Waffen des Volkes fand, folgte 1974 der jugoslawische Staatschef Josif Broz Tito. Tito herrschte über ein Reich, das es seit dem Zusammenbruch des Kommunismus nicht mehr gibt.

50. Jahrestag des Mauerbaus: Gedenken auf dem BUGA-Gelände

VOS-Landesgruppen werben mit gemeinsamer Veranstaltung in den alten Bundesländern

(FG) Zu einer eindrucksvollen und publikumswirksamen Aktion anlässlich des Gedenkens an die Errichtung der Berliner Mauer am 13. August 1961 hatten sich die Kameradinnen und Kameraden der VOS-Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz und des VOS-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen auf dem Gelände der diesjährigen BUGA (Bundesgartenschau) in Koblenz versammelt. Dies ist in der Tat keine Selbstverständlichkeit, denn die Fahrtstrecken waren für die Teilnehmenden nicht unbedingt kurz.

In Koblenz stehen drei Segmente der Berliner Mauer zum Gedenken an den 17. Juni 1953 und den 9. November 1989.

Nach einer Schweigeminute für die Todesopfer an der Mauer legten die Kameraden für ihre Landesgruppen zwei Kränze nieder. Anschließend riefen der Kamerad Gerd Franke für Hessen/Rheinland-Pfalz und der Kamerad Detlef von Dechend als Landesvorsitzender für Nordrhein-Westfalen in ihren Reden zum Gedenken an die Mauertoten und zur Wachsamkeit für unsere Demokratie gegen die zerstörerischen Versuche der Partei Die Linke und deren Anhänger auf.

Detlef von Dechend (Texte u. Fotos)

Im Anschluss an die Veranstaltung wurde von den Kameradinnen und Kameraden der VOS an die Besucher der BUGA, die unsere Gedenkveranstaltung mit großem Interesse verfolgt hatten, Informationsmaterial zum Mauerbau überreicht. Dies wurde überwiegend gerne angenommen, wobei sich zahlreiche und ausführliche Gespräche zu dem Themenkomplex Mauerbau, Schießbefehl, kommunistische Diktatur, Sicherung der Demokratie und die Gefahr der Linken für die Demokratie mit den Besuchern der BUGA entwickelten. Dabei wurde auch unser Auftreten an diesem 13. August zum Gedenken an die Mauertoten sowie überhaupt unser konsequentes Eintreten für die Verteidigung der Freiheit in demokratischen Verhältnissen besonders gewürdigt. Die Veranstaltung kann als rundherum gelungen und erfolgreich bezeichnet werden und hat so ganz nebenbei auch noch intensivere Kontakte zwischen verschiedenen Landesverbänden der VOS möglich gemacht. Dies sollte vielleicht als kleiner Hinweis auch für andere Landesverbände verstanden werden, da das Problem des Mitgliederschwundes bzw. der Überalterung bei fast allen Landes- und Bezirksgruppen aktuell vorhanden ist. *D. v. D.*



(FG) Das Foto zeigt Besucher der BUGA und der Gedenkveranstaltung, die sich durch Gespräche und Info-Material über die Bedeutung des Mauerbaus vor einem halben Jahrhundert informieren. Links auf dem Foto Kameradin Rotraud von Dechend vom Bundesvorstand der VOS. Das Buga-Gelände erstreckt sich über die Bereiche links und rechts von Rhein und Mosel, die sich bei Koblenz vereinen, und weiter. Wer die Gedenkstätte der Mauersegmente besichtigen will, hat demnach auch eine Menge an Landschaft, Pflanzen und Architektur zu schauen. Lesen Sie auf Seite 8 die Ansprache unseres Kameraden Detlef von Dechend und auf Seite 9 weitere Anmerkungen zum Gedenken an den Mauerbau von Gerd Franke.

Das letzte Maueropfer – eine (notwenige) Information

In den meisten Medien wird, wenn es um das letzte Maueropfer geht, der junge Chris Gueffroy genannt. Dies ist insofern richtig, als Gueffroy als Letzter durch gezielte Todesschüsse an der Mauer sein Leben lassen musste. Nach ihm verlor jedoch noch am 8. März 1989 der Ost-Berliner Ingenieur Winfried Freudenberg sein Leben. Er hatte einen Gasballon gebaut, mit dem er sich in den Morgenstunden nach West-Berlin treiben lassen wollte. Er überwand die Mauer zwar, doch er stürzte in Zehlendorf in den Tod. Auch er wäre ohne die Mauer am Leben geblieben. *A. R.*

13. August 2011 - der 50. Jahrestag des Mauerbaus in Berlin

Ansprache des Landesvorsitzenden der VOS in NRW zur Gedenkfeier auf dem Buga-Gelände

Heute - 50 Jahre danach - wollen wir der 136 Opfer des mörderischen Schießbefehls der SED-Kommunisten an der Berliner Mauer, aber auch der ca. 1.600 an der innerdeutschen Grenze gedenken! Diese Mauer ist das Schändlichste, das Widerwertigste was

Feinde des sogenannten Arbeiter- und Bauernstaates zu vernichten. Auf sie konnte nach dem Willen der SED wie „auf Hasen geschossen werden“.

Mit dieser Mauer war ein todbringendes Bollwerk für alle freiheitsliebenden Bürger der SBZ/

politischen Häftlinge der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) aus den verschiedenen Zuchthäusern der SBZ/DDR, die wir uns heute hier zum Gedenken an die Toten versammelt haben, sind direkt davon betroffen!

Doch lenken wir bei unserem Gedenken für die Maueropfer auch den Blick in die Zukunft! Die Errichtung der Mauer war doch das öffentlich sichtbare Eingeständnis des Scheiterns sozialistischer SED-Politik zum sogenannten Wohl des Volkes! Das Volk hatte genug von den Versprechungen der Kommunisten und wollte einfach nur weg aus dem selbsternannten „Paradies DDR“.

Wenn die heutige rechtliche Nachfolgepartei Die Linke die Schuld und Verantwortung der SED-Kommunisten für den Mauerbau relativieren oder gar leugnen will - wie aktuell Gesine Löttsch mit dem von ihr konstruierten angeblichen geschichtlichen Zusammenhang zwischen 1941 (Angriff von Hitler auf die



Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg in ihrem Land hervor gebracht haben.

Diese Ungeheuerlichkeit, die in ihrer Realität die Vorstellungskraft jedes vernünftig denkenden Menschen übersteigt, hat Deutschland nach dem Ende der Hitlerdiktatur erneut auf eine schlimme Art für fast 3 Jahrzehnte in den Blickpunkt der Weltpolitik gerückt. Dabei zeugte die Verlogenheit der SED-Kommunisten bei der Begründung für den Mauerbau – „ein 3. Weltkrieg soll verhindert werden“ - sowohl von ihrer schizophrenen Denkweise als auch von ihrer Verachtung gegenüber dem Willen des eigenen Volkes!

Der Logik des Schändlichen folgend, gehörte der Schießbefehl an der Mauer dazu. Es galt, die

DDR entstanden, ein letztes Schlupfloch in die Freiheit war geschlossen. Eine tödliche Grenze durchschnitt jetzt ganz Berlin!

Gedenken wir heute und auch in Zukunft der vielen Maueropfer, die in ihrem Freiheitsdrang ihr Leben lassen mussten, vom ersten - Günter Litfien - bis zum letzten - Chris Gueffroy (noch im Februar 1989)!

Gedenken wir aber auch der vielen, vielen Familien in Ost und West, die für Jahrzehnte ganz plötzlich auseinander gerissen wurden und eine lange persönliche Leidenszeit ertragen mussten, sowie auch der vielen, vielen Einzelschicksale. Das unmenschliche Monstrum Mauer hat über 28 Jahre hinweg viele Leben und Lebensträume zerstört. Auch wir, die

Sowjetunion) und dem Mauerbau 1961 - so zeigt sich damit eine gefährliche Tendenz der Leugnung historischer Wahrheiten, der wir aktiv begegnen müssen.

Die Linke betreibt ständig Geschichtsverdrehung oder Geschichtsleugnung, um sich reinzuwaschen! Deshalb müssen wir über die Geschehnisse der SED-Diktatur aufklären und dürfen die Deutungshoheit nicht den Linken überlassen! Das sind wir auch den Mauertoten schuldig!

Detlef von Dechend

Inschriften des Denkmals

Die drei Mauersegmente tragen im Einzelnen folgende kurze Texte:

Den Opfern der Teilung

17. Juni 1953

9. November 1989

Bielefeld: Trotz Absagen gute Teilnehmerzahl

Wegen des fünfzigjährigen Gedenkens an den Mauerbau hatte die VOS-Bezirksgruppe Ostwestfalen ihre sonst im September stattfindende Halbjahresversammlung auf eben diesen Termin im August gelegt. Leider gab es einige Absagen, bedingt durch Alter und Krankheit, dennoch brachten der Bezirksgruppenvorsitzende Bernd Pieper (Foto) und sein Stellvertreter Eric Hoffmann noch eine gute Teilnehmerzahl zusammen.

Neben den organisatorischen aktuell politischen Themen stand die Versammlung erwartungsgemäß im Zeichen des 13. August. Das Gedenken an die Opfer und die Folgen der Mauer wurde sinnvoll durch so manche persönliche Erinnerung der Teilnehmer ergänzt. Quasi hatte jeder – auch die einzige weibliche Teilnehmerin – ein eigenes Erlebnis im Zusammenhang mit dem Mauerbau vorzutragen.

Um 12 Uhr erhoben sich die Mitglieder der Bezirksgruppe zu einer Schweigeminute im Gedenken an die Opfer der Berliner Mauer und der deutschen Teilung.

Kamerad Wolf-Peter Schmidt trug als Mahnung gegen jede Ostalgie den Schrippensong von Ulrich Plenzdorf vor und erntete viel Beifall. *Bernd Pieper*



Anm. d. Red.: Der hier genannte „Schrippensong“ ist mittlerweile auch dem Fg-Redakteur übermittelt worden. Sollte sich die Gelegenheit und Platz in der Fg bieten und allgemeines Interesse besteht, wird er für die Leserinnen und Leser veröffentlicht.

Gute Gespräche, großes Interesse auf der BUGA

Die Einschätzung des Landesvorsitzende Gerd Franke

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, unsere am 13. August 2011 auf dem BUGA-Gelände in Koblenz mit Mitgliedern des VOS-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen durchgeführte Gedenkfeier aus Anlass des 50. Jahrestages des Mauerbaus war ein beachtenswerter Erfolg. Aufgrund der Örtlichkeiten konnten wir ein großes Publikum erreichen und in über 200 Einzelgesprächen unsere Themen zu den Menschenrechtsverletzungen in der DDR-Diktatur zur Sprache bringen. Dabei wurden von uns über 300 Flugblätter (Auszug siehe unten) sowie 300 Prospekte der Bundesstiftung Aufarbeitung verteilt.

An drei ehemaligen Mauersegmenten am Moselufer in der Nähe des Deutschen Ecks gedachten wir gemeinsam den 1.300 Opfern der deutschen Teilung und legten einen Kranz und ein Blumengebinde nieder. Wir appellierten eindringlich an die Anwesenden und die zuhörenden Passanten, im Interesse nachfolgender Generationen ein solches Unrechtsregime nie wieder in Deutschland zuzulassen.

*Gerd Franke
VOS-Landesgruppe
Hessen/Rheinland-Pfalz*

Bis hin zur Todesstrafe

Auszug aus dem Flugblatt, das auf der BUGA verteilt wurde

Bis zum endgültigen Zusammenbruch der SED-Diktatur im November 1989 wurden Millionen deutscher Familien aus Ost und West gewaltsam voneinander getrennt. Beim Versuch, in den freien Teil Deutschlands zu flüchten, verloren mindestens 1.150 namentlich bekannte Personen durch Schüsse der DDR-Grenzer, durch Minen und Selbstschussanlagen sowie beim Versuch die Ostsee zu durchschwimmen ihr Leben. Etwa 75.000 Personen wurden nach gescheiterten Fluchtversuchen durch DDR-Gerichte zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. An einer ganzen Reihe von Personen wurde sogar die Todesstrafe vollstreckt.

Gute Nachricht, doch böse Untertöne

Petra Dietz bleibt Opferbeauftragte – Linke stimmt dagegen

Dass Kameradin Petra Dietz im Vogtlandkreis, in dem sie beheimatet ist, sich mit ganzer Kraft um die Beratung und das Befinden der dortigen SED-Opfer müht, ist nicht nur in der VOS bekannt. Auch in Reichenbach und Umgebung weiß man das, ansonsten hätte der Kreistag im Juni nicht mehrheitlich den Beschluss gefasst, die finanzielle Ausstattung einer Betreuungsstelle, die von Petra Dietz ausgeübt wird, für weitere zwölf Monate abzuschern. Somit werden rund 17 T€ bereitgestellt, die für die Beratungstätigkeit auch dringend erforderlich sind. Angesichts der Mühen und der Intensität, die diese Aufgabe verursacht, ist das natürlich eine Unterbezahlung, dennoch drückt sich darin die Anerkennung der bisher geleisteten Arbeit und die Wertschätzung seitens der Politik für die SED-Opfer aus.

Leider wurde der Beschluss nicht einstimmig gefasst. Die Vertreter der Linken im Kreistag stimmten geschlossen gegen eine weitere finanzielle Sicherstellung. Dies ist eine Handlungsweise, die eher Kopfschütteln denn Verständnis für eine andere politische Meinung bewirkt. Die Ursache ist banal: Die VOS, der Petra Dietz angehört, hat in ihrer Satzung einen Passus, demzufolge Mitglieder der Partei Die Linke (ehemals PDS, davor SED) nicht in den Verband aufgenommen werden dürfen. Die Fraktionsvorsitzende der Linken, Höfer, nannte dies „undemokratisch“. Offenbar ist sie genauso wie die anderen 14 Linken-Abgeordneten des Kreistages nicht in der Lage, das Unglück zu begreifen, das die einstige SED über eben jene Menschen gebracht hat, die nun von der Beratung und Betreuung abhängig sind. Man kann daher nur sagen: Dieses Abstimmungsverhalten ist schändlich und stellt die Fortsetzung der unmenschlichen SED-Politik dar. Es widerspricht vor allem den Behauptungen der Linken auf Bundesebene, die angeblich eine Wiedergutmachung von SED-Unrecht an den Opfern anstreben. *A.R.*

Respekt und Anerkennung für den aufgebrachten Mut und das Leid

Chemnitzer Kaßberg erweist sich als authentischer Gedenkort für Opfer der Mauer

Zur Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag des Mauerbaus lud die VOS am 13. August auf den geschichtsträchtigen Ort Chemnitzer Kaßberg ein.

Unser Versuch, nochmals eine Führung durch die wegen Bau- und Brandschutzmängeln leergeräumte JVA und ehemalige U-Haftanstalt zu organisieren, hat sich gelohnt. Besonderer Dank gilt hier dem Leiter der JVA, Frank Wigger, der auch die Führung von 9.00 bis 10.30 Uhr durch die gesamte Haftanstalt übernahm. Es gab keine Einschränkungen der Besichtigung, jeder Besucher konnte dieses Mal alles fotografieren.

Der Vorstandsvorsitzende der VOS-Bezirksgruppe Holker Thierfeld berichtete eingangs vom Häftlingsfreikauf. Die U-Haftanstalt auf dem Kaßberg Karl-Marx-Stadt war die Drehscheibe für den DDR-weiten Freikauf politischer Gefangener. Zwischen 1964 und 1989 wurden durch die Bundesrepublik 33.755 Häftlinge freigekauft. Herr Wigger brachte in seinem Vortrag zum Ausdruck, dass die Zukunft des leer stehenden Gefängnis Komplexes, dessen Eigentümer der Freistaat ist, ungewiss sei. Das Gebäude steht zum Verkauf. Alle Diskussionen der Opferverbände und auch heute unter den Anwesenden gingen dahin, eine Erinnerungsstätte zu errichten.

Die sich dann um 11.00 Uhr anschließende Feierstunde an der gegenüber liegenden Stele war von VOS-Mitgliedern und Gästen gut besucht. Eingeleitet wurde sie von drei Bläsern der benachbarten Musikschule. Währenddessen legten die Oberbürgermeisterin von Chemnitz (Foto), Frau Barbara Ludwig, die Ratsfraktionen FDP, SPD, CDU und PRO Chemnitz sowie die VOS-Bezirksgruppe Chemnitz Kränze vor der Stele nieder.

Der VOS-Bezirksgruppenvorsitzende Holker Thierfeld begrüßte die Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz, alle Kameradinnen und Kameraden, den Chemnitzer Außenstellenleiter des BStU, die Vertreter der Fraktionen der Stadt Chemnitz und die zahlreichen

Gäste. In einer Gedenkminute für die Verstorbenen erinnerte er im Jahr, in dem sich zum 50. Mal der Tag des Mauerbaus jährt, an das unermessliche Leid, das mit diesem Tag an der innerdeutschen Grenze einsetzte. Nach derzeitigem Forschungsstand sind zwischen 1945 und 1989 bei Fluchtaktionen aus der SBZ/DDR 600 bis 800 Tote durch Schusswaffengebrauch, Selbstschussautomaten und Minenfelder zu beklagen. Er erinnerte auch an Michael Gartenschläger, der auf das grausame Grenzregime der DDR aufmerksam machen wollte und am 1. Mai 1976 bei seinem erneuten Vorhaben, eine SM 70 abzumontieren, von MfS-Leuten hinterhältig niedergeschossen wurde.



Die Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz, Barbara Ludwig, brachte in ihrer Rede zum Ausdruck, dass wir hierhergekommen seien, „um daran zu erinnern, was Sie erlebt und erlitten haben. Grund auch, dass nicht vergessen wird, was Sie erlebt und erlitten haben, aber auch mutigerweise getan haben. Der 13. August ist der Tag, an dem wir erinnern müssen, dass es Menschen gab, die sich nicht abgefunden haben, wie eine Diktatur immer stärker in die Gesellschaft eingedrungen ist. Ich

bin froh über Ihre Bereitschaft, darüber zu erzählen. Niemand kann das besser als Sie. Das löst nicht nur Wissen aus, man muss auch fühlen können, was es ist und war. Respekt und Anerkennung für Sie! Ein wichtiger Teil der Geschichte, dass es Menschen gab, die an diesen Tag und an vielen anderen Tagen erinnern können! Ich wünsche Ihnen persönlich alles Gute, viel Kraft, weiter den Mut, Gesundheit und dass wir gemeinsam in der Bundesrepublik wissen um diesen Tag, die Ereignisse, die Opfer und Ihren Mut.“

Dr. Clemens Heitmann, neuer Leiter der BStU-Außenstelle in Chemnitz, sprach zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt zu unserer Gedenkfeier. Zu Beginn zitierte er aus der Rede des früheren Verteidigungsministers Georg Leber von 1985, und er bekundete, dass es heute nicht einfach wäre, die richtige Tonlage zu finden. Er wies auf das Gefängnisgebäude wenige Meter von uns hin, in dem Ungeheuerliches geschah, nämlich der Verkauf von Menschen an die Bundesrepublik. 34.000 Menschen in die Freiheit und dreieinhalb Milliarden Deutsche Mark in die Kassen der DDR! Die Drehscheibe war der Kaßberg in Karl-Marx-Stadt.

Damit ist dieser Ort mehr als eine lokale Haftanstalt. Das einstige Stasi-Gefängnis ist ein Ort, der für das gemeinsame Erinnern der Menschen von großer Bedeutung ist.

Nach einem Musikstück des Bläser-Trios bedankte sich Holker Thierfeld bei allen Rednern und der Stadt Chemnitz für die Unterstützung. Er nahm sich aber auch Kritik an, die Schulen noch intensiver zu Veranstaltungen und Zeitzeugengesprächen einzuladen. Die Erfahrungen der politisch Verfolgten des SED-Regimes müssten weitergegeben werden. Wichtig ist, die Erinnerungsarbeit trotz vieler Schwierigkeiten voranzutreiben und auch das Vereinsleben weiter zu führen.

*VOS-Bezirksgruppe Chemnitz -
Stollberg - Hohenstein-Ernstthal
Der Vorstand
i. A. Waltraud Raubold*

Thälmann ja, Mingram nein. Verbote und falsche Signale

Der Zeitzeuge Heinz Unruh berichtet über seine Erfahrungen und Erlebnisse im Lager Bautzen

Ich nehme Bezug auf den Leserbrief des Kameraden Harald Möller vom Bautzen Komitee im Stacheldraht Nr. 4/2010.

Ja, es ist unglaublich, aber wahr. Dem Kommunistenführer Ernst Thälmann soll nach vormaliger Auskunft des Anstaltsleiters im ehemaligen KZ-Lager Bautzen die Doppelzelle, in der Thälmann einsaß, zur Gedenkstätte ausgebaut werden. Der Anstaltsleiter ließ es nicht zu, dass der Bruder des ermordeten Jugendlichen Siegfried Mingram die Todeszelle seines Bruders betreten durfte. Selbst das Ablegen von Blumen am Eingang des Hauses 3 sollte zunächst untersagt werden. Nur der scharfe Protest der anwesenden ehemaligen Häftlinge konnte bewirken, dass der Bruder von Siegfried Mingram auf den Treppenstufen zum Eingang von Haus 3 sein Blumengebinde niederlegen durfte (Foto).

Nun soll die sogenannte Thälmann-Zelle zu einer Pilgerstätte für unverbesserliche Altkommunisten ausgestattet werden. Wie sagte der Massenmörder Lenin: *Es finden sich immer nützliche Idioten aus dem bürgerlichen Lager, die die Stricke knüpfen, an denen wir sie hängen werden.*

Ich kam als Verurteilter, der mit 25 Jahren Arbeitslager bestraft war, in das KZ-Lager Bautzen. Hier musste ich 10 Jahre unschuldig verbringen, was mir später der russische Generalstaatsanwalt bestätigte. Als Zeitzeuge, kann ich einiges zu der Thälmann-Zelle und deren Bewohner beitragen.

Als wir Verurteilte 1947 mit zwölf Männern und zwei Frauen im KZ-Lager Bautzen eintrafen, wurden die Frauen von uns getrennt, und wir zwölf wurden unter Schlägen in eine Doppelzelle im Ostflügel getrieben. Der Zufall wollte es, dass unsere Doppelzelle über der sogenannten Thälmann-Zelle lag.

Wir lagen mit zwölf Häftlingen, ohne Strohsäcke auf zusammengemauerten Doppelpritschen. Ohne Sitzgelegenheit und ohne Toilette, diese wurde durch einen alten Marmeladeneimer ersetzt, der für

so viele Häftlinge keineswegs ausreichte.

Da wir am Tag nicht sitzen, geschweige liegen durften, marschierten wir Stunde um Stunde wie dressierte Zirkuspferde in der Runde, dazu benutzten wir den ersten Raum in der Doppelzelle. Hier war auch ein eisernes Klappbett, das wir am Tage nicht benutzen durften. Die beiden Zellenfenster hatten hölzerne Sichtblenden, man konnte nur den Himmel sehen. Bald erfuhren wir, dass unter uns die Doppelzelle des Kommunistenführers Ernst Thälmann lag. Schon damals hatten unsere NKWD-Schergen die Thälmann-Zelle als Gedenkstätte ausgebaut.



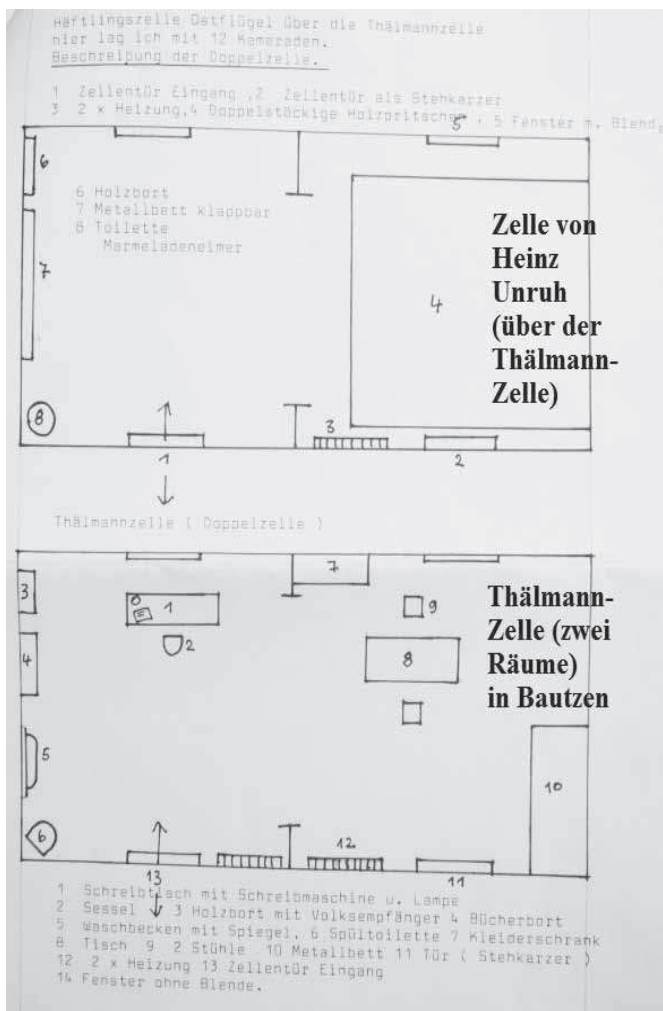
Zum Todestag und zu seinem Geburtstag durften wir nicht zum halbstündigen Freigang. Dafür defilierten rote Offiziere und Mannschaften an der offenen Thälmann-Zelle vorbei, um seiner zu Gedenken. Der Widerspruch der Kommunisten konnte nicht größer sein. Wir erfuhren später, dass es Stalin nach dem Pakt mit Hitler von 1939 abgelehnt hatte, den deutschen Kommunistenführer Thälmann gegen andere Deutsche auszutauschen, zumal in anderen Fällen ein Austausch stattfand. Ich denke an Albrecht, Frau Stern und Neumann. Durch mehrere Gespräche mit Haftkameraden, die für die Reinigung der Thälmann-Zelle verantwortlich waren, erfuhren wir, wie die Thälmann-Zelle eingerichtet war.

Die Thälmann-Zelle war eine Doppelzelle, die sich von der ersten bis zur vierten Etage im Ostflügel erstreckte. Die Zelle hatte einen Eingang, ein zweiter Eingang war – wie bei uns – zugemauert, aber die Zellentür außen war noch vorhanden. Der Zwischenraum zwischen Tür und Mauer betrug ungefähr 40 cm. Unsere KZ-Schergen benutzten diesen schmalen Zwischenraum als Stehkarzer. Häftlinge, die den Bewachern nicht genehm waren, oder ihre Goldzähne nicht abgeben wollten, wurden von ihnen dort eingepfercht. Unser Kamerad Hans Corbat erzählte mir, dass er des Öfteren dort stehen musste.

Nun zur Einrichtung.

In der ersten Zelle war auch der Eingang. Natürlich gab es noch keine Fensterblenden, diese Blenden waren eine Erfindung der Kommunisten. Am Fenster befanden sich der Schreibtisch mit einer Schreibmaschine, eine Lampe und Schreibutensilien. An der Wand war links ein kleines Bord mit einem Radiogerät (Volksempfänger), daneben ein größeres Bord mit Büchern, darunter auch marxistische Literatur. Dann folgend ein Waschbecken mit Spiegel in der Ecke, wo unser Marmeladeneimer stand, eine Spültoilette. Im Raum 2 standen ein Eisenbett mit weißbezogenem Bettzeug, ein Schrank (Militärspind), ein Tisch und zwei Stühle.

→ weiter Seite 13 oben



Was hält nun die Verantwortlichen davon ab, die Todeszelle von Siegfried Mingram anstatt dieser Thälmann-Zelle zur Gedenkstätte auszubauen? Ist es Unkenntnis der Geschichte oder eine Frage der Gesinnung? Oder ist es die Unkenntnis zu den Personen Thälmann und Mingram?

Die Todeszelle von Mingram war im Gegensatz zur Thälmann-Zelle ein Verlies, hier starb einsam und ohne ausreichende medizinische Behandlung der Kamerad Mingram, sein Tod war nichts anderes als eine Hinrichtung, es war Mord. Mingrams Todeszelle könnte als Gedenkstätte an die Mörder, an die Menschenverachtung und an die Brutalität des kommunistischen Regimes erinnern.

Siegfried Mingram war einer von denen, die früher namenlos auf den Karnickelberg (Massengräber) gekarrt wurden. Der berühmte Schinderkarren trug die „sinnige“ Aufschrift, die nur kommunistischen Hirnen entspringen sein konnte: „Nie wieder soll eine Mutter ihren Sohn

nichts sollte an die hier begangenen Verbrechen erinnern. Doch noch leben Zeitzeugen, die diese Hinrichtungsstätte kannten und darüber Zeugnis ablegen können.

Nun zurück zu Ernst Thälmann und zu seinem Ableben.

Thälmann wurde während des Krieges von Bautzen in das Lager Buchenwald verlegt, er kam in die sogenannte Prominentenbaracke. Die war mit hochkarätigen SPD- und KPD-Funktionären belegt. Darunter der Abgeordnete Breitscheidt, die Funktionäre Lorenz, Becker und andere. Dazu kam jetzt der KPD-Führer Thäl-

Der KPD-Chef Ernst Thälmann wurde von den Nazis ermordet, unklar ist bis heute wo das geschehen ist.

mann, mit ihm weitere KPD-Funktionäre.

Das alles erfuhr ich auf Saal 4 im Haus 1. Dort kam ich mit dem Altkommunisten Georg Dräger und dem Schriftsteller und Journalisten Walter Oehme zusammen. Oehme war wie Dräger hochrangiges KPD-Mitglied und

beweinen“. Offenbar wissen viele der heute zuständigen Personen nicht, dass es früher neben dem Haus 3, noch ein Haus 4 gab. Haus 4 diente dem NKWD als Hinrichtungsstätte, im Keller des Hauses wurden die unglücklichen Opfer durch Genickschuss beseitigt. Beseitigt wurde diese Hinrichtungsstätte in einer Nacht-und-nebelaktion. Das gut erhaltene Gebäude wurde bis auf die Grundmauern abgetragen,

Redakteur der Roten Fahne. Georg Dräger war Kapo im Lager Buchenwald und wurde zur Betreuung der Prominenten abgestellt. Die gesamte Lagerführung Inneres Lager lag in den Händen ehemaliger kommunistischer Funktionäre. Über das Ableben von Thälmann und anderer Funktionäre berichteten mir Dräger und Oehme. Dräger sagte mir, dass bei einem Terrorangriff von US-Bombern auf das Lager Buchenwald über hundert Häftlinge umkamen, darunter Breitscheidt und Thälmann, sie waren mit anderen Häftlingen im Luftschutzgraben, als die Bomben fielen. Dräger war ebenfalls im Graben und kam ohne Verletzungen davon. Er musste dann die verstümmelten Leichen, darunter die von Breitscheidt und Thälmann, bergen und sie beerdigen. Nach 1945 war Dräger als Antifaschist in einer guten Position und berichtete der KPD-Parteileitung über den Tod von Ernst Thälmann. Ihm wurde aber untersagt, darüber zu sprechen, man wollte Thälmanns Tod als Mord verklären. Dräger hatte darüber aber schon berichtet und wollte keine Selbstverleugnung betreiben. Auch hatte er in Berlin mit Oehme darüber gesprochen. Oehme machte die Aussagen von Dräger publik. Da Dräger bei seinen Äußerungen blieb, wurde er aus der SED ausgeschlossen und gegen ihn ein Parteiverfahren angestrengt. Sein Fall wurde dem NKWD übertragen, und Dräger wurde wegen antisowjetischer Hetze und wegen seiner Tätigkeit als KAPO zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und landete im KZ-Lager Bautzen. Damit war er vom Kommunismus geheilt. Walter Oehme hatte bereits die Erkenntnisse von Dräger verarbeitet und wusste nicht, dass Dräger deswegen verurteilt wurde. Oehme wurde trotz Selbstkritik wegen antisowjetischer Hetze zu 25 Jahren verurteilt und traf seinen Gewährsmann im KZ-Lager Bautzen wieder. Oehme blieb seiner kommunistischen Überzeugung treu.

Heinz Unruh
(Text, Foto, Skizze)



Ein Häftlings-Schicksal, das auch Australien aufhorchen lässt

Kamerad Rudy Parlau hat das Glück der Liebe gefunden, und das hilft ihm über die schwere Vergangenheit hinweg. Nun auch in Form eines autobiografischen Buches

Für ein ansprechendes Interesse in den Medien des fernen Kontinents Australien sorgte in diesem und im vorigen Jahr die Buchveröffentlichung von Margaret Reid, die seit Jahrzehnten mit unserem Kameraden Rudy Parlau verheiratet ist und dessen Lebensschicksal nur zu gut kennt. Kamerad Rudy Parlau, der in Posen geboren und in der Region Berlin-Brandenburg aufgewachsen ist, war mehr als acht Jahre in Bautzen inhaftiert, er setzte sich nach der Haftentlassung Mitte der 1950er-Jahre in die Bundesrepublik ab und wanderte von dort nach Australien aus. In der Fg berichteten wir vormals ausführlich über sein Schicksal und über die offenen Fragen in seinem Leben. Denn immer ist Rudy Parlau auf Spurensuche in Sachen familiärer Herkunft. Geht er doch nach wie vor davon aus, dass seine Geburt mit einem deutschen Adelsgeschlecht in Verbindung steht.

Durch die Fg-Berichte gelang es immerhin, zwei ehemalige Mit-Häftlinge ausfindig zu machen, zu denen auch persönlicher Kontakt hergestellt wurde. Auch in Sachen Haftentschädigung und finanzielle Unterstützung durch die Stiftung für SED-Opfer konnte Hilfe durch die VOS vermittelt werden. Von dem Geld, das Kamerad Parlau erhielt, ließ sich nicht zuletzt eine Reise nach Europa finanzieren.

Kamerad Parlau wurde nach 1945 verhaftet, nachdem man ihn denunziert hatte. Bereits unter der Nazi-Diktatur war er im KZ gewe-

sen, da er sich nicht konform zum Regime verhalten hatte. In Australien freilich ist es schwer, den Menschen zu vermitteln, dass jemand aus politischen Gründen inhaftiert worden war. Um dies dokumentarisch-erzählerisch festzuhalten, hat Margaret Reid mit viel Fleiß und intensiver Autorentätigkeit noch einmal das Leben ihres Ehegatten durchforstet und schließlich die Ergebnisse zu einem Buch zusammengestellt. Entstanden ist eine ansehnliche Ausgabe unter dem Titel „Under the Linden tree“, in der die Autorin zunächst den schicksalshaften ersten Lebensabschnitt von Rudolf Parlau schildert, der in Australien als fast unglaublich bezeichnet wird. Danach beschreibt sie die Reise des ehemaligen politischen Häftlings nach Australien, seine ersten Schritte als Asylsuchender und seine schwierige Integration, in ein Land, das einerseits demokratisch geprägt ist, das aber zum anderen seine eigenen Probleme mit der Aufarbeitung der Behandlung der Ureinwohner hat.

Schließlich wird auch beschrieben, wie Rudy Parlau seinen Weg über neue stabile familiäre Bin-

dungen findet und die Dämonen der Vergangenheit weitestgehend besiegen kann.

Das Schicksal hatte es übrigens gefügt, dass außer Rudolf Parlau zwei weitere ehemalige politische Häftlinge des Kommunismus in Australien lebten. Zu ihnen stellte Parlau alsbald Kontakt her, den er weiterhin auch regelmäßig pflegte. Einer von ihnen war Wolfgang Grasse, inzwischen verstorbener Künstler, der in der neuen Heimat einen soliden Ruf genießt und dessen Werke hier ausgestellt sind.

In einer Zeitung wird mit Foto darüber berichtet, wie Margaret Reid ihr Buch an Grasses Tochter Benita überreicht. Das Buch selbst wird als eine „bezaubernde Geschichte“ bezeichnet, in der „ein nicht-jüdischer Junge das Nazi-KZ überlebt, nur um nach dem Zweiten Weltkrieg ein politischer Häftling der Sowjetunion zu werden“.

A. R.

Das Buch ist in Australien (und nur) in englischer Sprache erschienen unter 9781921642814, es kostet 24.95 Dollar. Weitere Informationen im Internet u. a. unter <http://sidharta.com/books/index.jsp?uid=428>.



Häftlingsschicksal

Es ist, als verstünde man nach der DDR-Haft die Sprache der Vögel

Jörg Bilke schildert, wie er den 13. August 1961 erlebte und wie die Mauer sein Leben zerschneidet

Das Sommersemester 1961 in Mainz war am 31. Juli zu Ende gegangen, seit 1. August arbeitete ich, wie schon im Frühjahr, als Werkstudent bei der Reifenfirma Dunlop in Hanau. Ich war 24 Jahre alt und hatte sieben Semester Studium hinter mir. Von Bruchköbel, einem Dorf in der Nähe, wo meine Eltern wohnten, fuhr ich täglich mit meinem Motorrad zur Frühschicht um 6.00 Uhr oder zur Spätschicht um 14.00 Uhr. Am Samstag, 12. August, machten wir einen Betriebsausflug. Dabei lernte ich eine fünf Jahre ältere Sekretärin aus der Verwaltung kennen, mit der ich mich für Sonntagmorgen am Kahler See, der schon in Unterfranken lag, zum Schwimmen verabredete. Dort, am Ufer des Sees, hörte ich im Radio die Nachricht, dass in Berlin in der vergangenen Nacht eine Mauer gebaut worden war.

Ich weiß nicht, wie ich den Rest des Sonntags verbrachte. Ich hatte heftige Zweifel bekommen, ob ich im September zur Buchmesse nach Leipzig fahren sollte. Am Montagmorgen gab ich bei der Firma Dunlop einen Brief ab, dass ich nicht mehr zur Arbeit erscheinen würde, und fuhr, wie schon seit 1959, nach Nienburg/Weser, wo in der Nähe ein germanisches Gräberfeld aus dem sechsten Jahrhundert ausgegraben wurde. Hier arbeitete ich bis 28. August, fuhr dann noch einmal nach Bruchköbel, wo meine Eltern ihre Silberne Hochzeit feierten. Am 4. und 5. September versuchte ich, Günter Zehm zu erreichen, der im Dezember 1960 aus dem Zuchthaus Waldheim entlassen worden war und im Januar 1961 nach Westberlin hatte fliehen können. Er wohnte in Langen bei Frankfurt, war jetzt 28 Jahre alt und schrieb an seiner Dissertation über Jean Paul Sartre. Als Schüler des Leipziger Philosophen Ernst Bloch (1885-1977) war er im Sommer 1957 verhaftet und zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Aber ich konnte Günter Zehm nicht erreichen! Er war zur Haftlingskur in Bad Hersfeld. Jahre später hat er mir erzählt, er hätte mich gefesselt und festgebunden, wenn er gewusst hätte, dass ich nach Leipzig fahren wollte, denn ich hatte im Juni/Juli 1961 sieben DDR-kritische Artikel in der Mainzer Studentenzeitung „nobis“ veröffentlicht, was nach DDR-Gesetzen „staatsgefährdende Hetze“ war. Auch mein Vater warnte mich vor dieser Reise nach Leipzig, aber ich versuchte, ihn zu beschwichtigen, ich hätte die Artikel doch in Westdeutschland veröffentlicht, was ginge das die Staatssicherheit an?

Am Mittwoch, dem 6. September, fuhr ich los. Bei Herleshausen war die Autobahn unterbrochen, da bei Kriegsende die Brücke über die Fulda gesprengt worden war. Ich musste einige Kilometer über die Dörfer fahren und geriet dann an die westdeutsche Grenzkontrolle, was nur wenige Augenblicke dauerte, und einige hundert Meter weiter an die DDR-Grenze, wo ich vom Motorrad absteigen und eine Baracke betreten musste. Mein Ausweis wurde durch einen Schlitz in einen Raum geschoben, der abgeschirmt war, so dass man nicht sehen konnte, wer da saß. Leute, die nach mir gekommen waren, waren längst abgefertigt, während ich immer noch auf meinen Ausweis wartete. Schließlich kam ein Grenzzoffizier auf mich zu, stellte mir eine unwichtige Frage und gab mir den Ausweis zurück: Ich durfte fahren!

Dass ich von diesem Augenblick observiert wurde, hätte ich mir nicht vorstellen können. Aber 1993 konnte ich in meinen Akten lesen, dass ich in Leipzig drei Tage lang auf Schritt und Tritt überwacht worden war bis zur Verhaftung am 9. September, einem Samstag, gegen 11.00 Uhr auf dem Karl-Marx-Platz in Leipzig. Ich war schon gefangen, als ich eingereist war, man wartete nur auf den günstigsten Augenblick für

den Zugriff! Und der kam am Tag der Abreise, ich wollte zurückfahren nach Nienburg zur Ausgrabung und im November mein achttes Semester beginnen. Aber es kam anders!

Ich parkte am Morgen mein Motorrad vor dem Mendebrunnen, wo heute das Gewandhaus steht. Ich ging durch die Innenstadt und besuchte mehrere Buchhandlungen, schließlich betrat ich die Universität und notierte mir, was auf einem Aushang am Schwarzen Brett hing. Eine Pflichtvorlesung für Studenten aller Fachrichtungen und Studienjahre war da angekündigt, Thema „Die humanitäre Funktion des antifaschistischen Schutzwalls“. Das schrieb ich mir auf! Dann ging ich, von der Sonne geblendet, quer über den Karl-Marx-Platz zu meinem Motorrad, hinter dem ein PKW geparkt war. Als ich den Zündschlüssel einstecken wollte, stiegen zwei Männer aus und erklärten mich für festgenommen. Das Motorrad mit aufgeschnalltem Koffer blieb stehen, in rasender Fahrt ging es durch die Leipziger Innenstadt zur Staatssicherheit in der Beethovenstraße. Dort stieg einer der Greifer aus, das Tor öffnete sich, und ich wurde für drei lange Jahre zum politischen Gefangenen.

Mein ganzes Leben wurde durch diese drei Jahre in Torgau und Waldheim in eine andere Richtung gedrängt. Wer in einem DDR-Zuchthaus gesessen hat, weiß alles über diesen Staat. Man gerät in eine ganz andere Welt, die man vorher nicht kannte. Dort hausten die Opfer des „Klassenkampfes“, den Walter Ulbricht von Berlin-Pankow aus betrieb. Tausende von Menschen, die nie in ihrem Leben verhaftet und verurteilt worden wären, wenn es diese unseligen DDR-Gesetze nicht gegeben hätte, wonach es strafbar war, das Land zu verlassen, strafbar, den Staat zu kritisieren, strafbar, freie Wahlen und das Streikrecht zu fordern. Man ist gezeichnet, wenn man nach Jahren zurückkommt. Es ist, als verstünde man jetzt die Sprache der Vögel und kann es niemandem mitteilen!

Jörg Bernhard Bilke

Hinter Mauern und Bretterzäunen galt der Dauerlauf, dort regierten die MPis. Stillschweigen war hier oberstes Gebot.

Warum wussten Bürger der DDR fast nichts von den Gefangenen und deren Haftbedingungen in den Straflagern und Vollzugseinrichtungen ihres Landes? Warum wollten sie nichts davon wissen? Ein Bericht des persönlich betroffenen VOS-Mitglieds Rainer Buchwald

Um das Verhältnis des „einfachen“ DDR-Bürgers zu den Haftanstalten des „sozialistischen“ Staates DDR erklären zu können, kommt man – wie in manch anderen Belangen übrigens auch – um einen Vergleich mit dem Nationalsozialismus nicht umhin. Ansonsten kann man in der heutigen Zeit die Abschottung des Strafvollzuges der DDR und dessen Insassen für die eigene Bevölkerung nicht mehr begreiflich machen.

Was man damals höchstens ahnte, ist heute aufgrund von Akteneinsicht und Zeitzeugenberichten weitgehend bekannt: Alle Anstalten in der DDR wurden aufs Schärfste durch den Staatssicherheitsdienst nach außen und innen so abgesichert und abgeschirmt, dass die Bevölkerung nicht einmal die leiseste Ahnung von dem hatte, was eigentlich dort an Rohheiten, Schikanen und Ungerechtigkeiten passierte. Somit gab es auch nach außen einen Sicherheitsbereich, der meist durch angrenzende Organe der VP (Volkspolizei), des MdI (Ministerium des Innern) usw. abgesichert wurde. Ferner konnte vom Wachturm der Haftanstalt jede sich nähernde Person bereits aus der Ferne gesichtet und dingfest gemacht werden.

Somit blieben der Bevölkerung diese Anstalten, in denen Menschen für politische Delikte hohe Strafen verbüßen mussten, verschlossen und für immer ein Buch mit sieben Siegeln, denn die Strafgefangenen durften weder bei den Besuchszeiten noch nach der Entlassung über Anstaltsangelegenheiten reden. Verstießen sie während der Haft gegen dieses Verbot, wurden sie mit Besuchssperren und anderen Maßnahmen belegt. Für den Fall von Zuwiderhandlungen nach der Entlassung mussten sie vorsorglich eine Unterschrift leisten, mit der sie sich des Stillschweigens verpflichteten. Verstießen sie gegen die Verpflichtung, gerieten sie sofort wieder ins Visier der Staatsicherheit und hatten erneut Repressalien zu erwarten.

Dies belegt auch ein Auszug aus den Akten des MfS HA XX Nr. 6190, aus dem hervorgeht, wie viel Mühe sich das Ministerium für Staatssicherheit gemacht hat, damit auch keine dritte Person von jeglichem staatlichen Missbrauch Kenntnis erhalten konnte. Hier spielte aber auch ein Herr Schw. als Oberstleutnant und stellvertretender Leiter Operativ eine Hauptrolle:

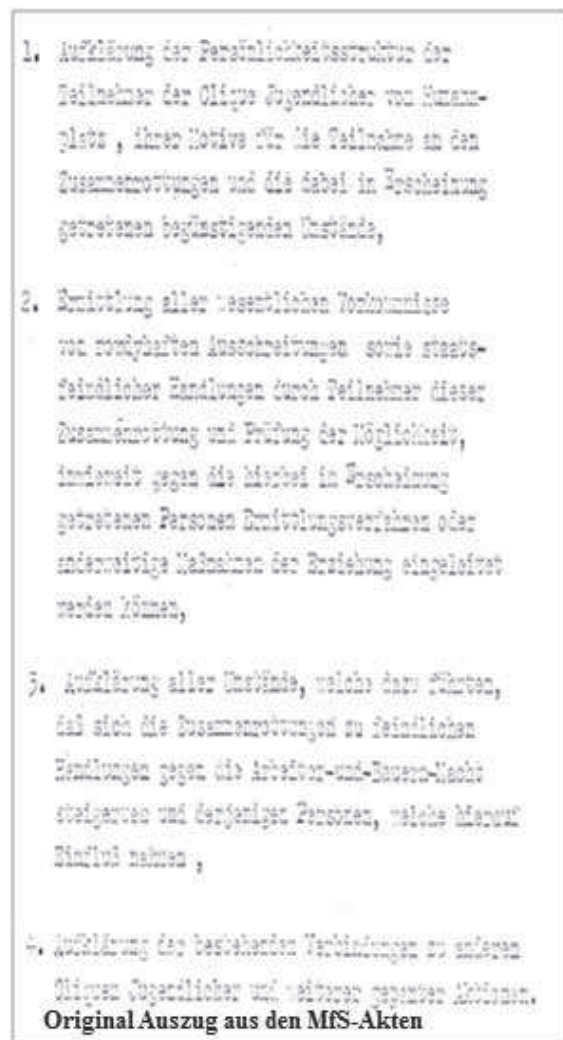
Zur Aufklärung und Beseitigung operativer Schwerpunkte und zur Verhinderung von Zusammenrottungen, Provokationen und Ausschreitungen negativer Jugendlicher in der Hauptstadt der DDR

Deutlich genug geht auch aus den Akten hervor, dass sich die Machthaber von „Volks“polizei und Stasi der drakonischen Maßnahmen, mit denen sie die rechtlos gemachten Inhaftierten traktierten, voll bewusst waren. Dies zeigt sich in der Anweisung, wie man verhindern kann, dass die Schreie und Befehle aus der Anstalt nach außen dringen:

Sonstiges:

Vom Leiter der Abteilung XX wurde festgestellt, dass das derzeitige noch im Aufbau befindliche Arbeitslager für Jugendliche im Zementwerk Rüdersdorf ungeeignet erscheint.

Das Lager liegt direkt an der Hauptstraße (Thälmannstraße), durch die u. a. Zementsilowagen westdeutscher Unternehmen fahren. Das Objekt kann von gegenüber liegenden Häusern (villenähnlich) eingesehen werden. Da die VP-Posten mit umgehängter Maschinenpistole ihre Befehle an die Zöglinge sehr laut geben und die Zöglinge im Dauerlauf in ihre Unterkünfte gehen müssen, kann sich unter der Bevölkerung recht bald eine schlechte Stimmung einstellen.



Weiterhin ist das Objekt ungeeignet, weil im Gebäude sowohl die Zöglinge als auch die Waffenkammer der VP untergebracht sind. Wenn sich eingewiesene Jugendliche zusammenrotten, wird der Posten kaum in der Lage sein, ein Eindringen in die Waffenkammer zu verhindern. → Seite 17 oben

Jugendarbeitslager in der DDR – unfassbar menschenunwürdige Behandlung

Kamerad Rainer Buchwald berichtet von seinen eigenen Erfahrungen und stellt Auszüge aus seinen Stasi-Akten vor (Fortsetzung von Seite 16)

4. Sonstiges

Original Auszug aus den MfS-Akten

Vom Leiter der Abteilung XX wurde festgestellt, daß das derzeitige noch im Aufbau befindliche Arbeitslager für Jugendliche im Zementwerk Rüdersdorf ungeeignet erscheint.

Das Lager liegt direkt an der Hauptstraße (Thälmannstr), durch die u.a. Zementsilolastwagen westdeutscher Unternehmen fahren. Das Objekt kann von gegenüberliegenden Häusern (villenähnliche Häuser) eingesehen werden. Da die VP-Posten mit umgehängter Maschinepistole ihre Befehle an die Zöglinge sehr laut geben und die Zöglinge im Dauerlauf in ihre Unterkünfte gehen müssen, kann sich unter der Bevölkerung recht bald eine schlechte Stimmung einstellen.

Weiterhin erscheint das Objekt ungeeignet, weil im Gebäude sowohl die Zöglinge als auch die Waffenkammer der VP untergebracht sind. Die Waffenkammer ist mit einem Posten besetzt. Wenn sich eingewiesene Jugendliche zusammenrotten, wird der Posten kaum in der Lage sein, ein Eindringen in die Waffenkammer zu verhindern. An der Straße wird zwar eine Sichtblende (Bretterzaun) gebaut, die aber nicht verhindern kann, daß die geschilderten Momente der Bevölkerung oder anderer Personen zur Kenntnis gelangen. Es gibt im Zementwerk Rüdersdorf ein Objekt, das sich anbietet und die aufgeführten Mängel ausschließt. Die Betriebsleitung würde sich sicher bereit erklären, dieses Objekt zur Verfügung zu stellen.

Das Problem der medizinischen Betreuung der Jugendlichen ist noch nicht gelöst.

An der Straße wird zwar eine Sichtblende (Bretterzaun) gebaut, die aber nicht verhindern kann, dass die geschilderten Momente der Bevölkerung oder anderen Personen zu Kenntnis gelangen.

Es gibt im Zementwerk Rüdersdorf ein Objekt, das sich anbietet und die aufgeführten Mängel ausschließt. Die Betriebsleitung würde sich sicher bereit erklären, dieses Objekt zur Verfügung zu stellen.

Das Problem der medizinischen Betreuung der Jugendlichen ist noch nicht gelöst.

*Handschriftlich in der Akte enthalten:
Bericht wird b. Stelly. OB, Stadtrat H., ausgewertet.*

Warum ich am Anfang dieses Beitrags von einem Vergleich geschrieben habe, dürfte nach der Lektüre der in den Akten enthaltenen Ausführungen jedem Leser bewusst werden. So und nicht anders wurde in der Nationalsozialistischen Diktatur, aber auch in der so genannten Deutschen Demokratischen Republik mit Menschen umgegangen. Die einen wurden durch ihre Parteizugehörigkeit zu diesem verbrecherischen Handeln verpflichtet, die anderen gehörten einfach zum Personal, für sie war es die Erfüllung ihrer beruflichen Aufgabe, dass sie junge Menschen, die noch nicht mal verurteilt waren, seelisch und körperlich zerbrachen.

Ganz sicher ist es nicht zu viel verlangt, dass sich unsere Politikerinnen und Politiker einmal durch Zeitzeugengespräche informieren lassen, wie es denen ergangen ist, die den Drill und die Misshandlungen der sozialistischen Erziehungslager am eigenen Leib erfahren mussten.



Rainer Buchwald: In der DDR als Jugendlicher verfolgt und in den Arbeitslagern den Schikanen ausgesetzt. Setzt sich für die Aufarbeitung ein und arbeitet in der VOS mit.

Rainer Buchwald

weiter zum Thema auf Seite 18 oben

Jugendarbeitslager und Behandlung von Jugendlichen in der DDR

Weitere Anmerkungen zum Thema

Allerdings gehen aus den Akten, über die Kamerad Rainer Buchwald verfügt, auch andere Erkenntnisse hervor. So war die Stasi im November 1966 einem Kamerateam des ZDF auf den Fersen, als dieses im Studentenclub in der Ost-Berliner Linienstraße Aufnahmen machte.

Jugendliche „zeitweilig zuführte“ und „belehrte“, da sie „Beat-Frisuren“ trugen. Alles, was in den 1960er-Jahren mit „Beat“ und der dazugehörigen modernen Kleidung zu tun hatte, war „vom Klassenfeind inszeniert“ und sollte dazu dienen die DDR aufzuweichen.

4. Sonstiges
Wie jetzt durch einen IM der Abteilung XX bekannt wurde, besuchten am 27.11.1966 anlässlich einer geschlossenen Veranstaltung des „Ernst-Hermann Meier Ensembles“ Reporter des 2. Programms des Westdeutschen Fernsehens den Studentenclub der Humboldt-Universität in der Linienstr. 121. Die Reporter verteilten an die Anwesenden Westzigaretten und stellten nach einem ausgearbeiteten System Fragen an die Angehörigen des Ensembles. Näheres ist noch nicht bekannt. Die Bearbeitung wurde aufgenommen. Ergänzungsmeldung folgt. Aktenauszug aus MfS-Überwachung -

Der dortige, legendär gewordene Studentenclub galt auch noch in den 1970er-Jahren als Treffpunkt von musikinteressierten Jugendlichen, da man hier nach West-Rhythmen tanzen konnte und auf Studenten aus den unterschiedlichsten Fachrichtungen traf. In der uralten Atmosphäre fühlte man sich darüber hinaus sogar unbe-

Als ebenso suspekt wurde das Tragen von Kanülen – es handelte sich in der Tat um medizinische Instrumente – an Jackenaufschlägen und anderen Kleidungsstellen ausgelegt, indem man dem Träger unterstellte, er wolle damit demonstrieren, dass er sich den Sozialismus nur in winzigen Mengen einimpfen lasse.

4. Negative Einzelpersonen und Zuführungen Jugendlicher
- Neben der Zuführung auf dem Weihnachtsmarkt, über die bereits auf Seite 1 berichtet wurde, sind am 29.11.66 durch die VP im Stadtbezirk Treptow 4 Jugendliche in 3 Fällen zugeführt worden. Die Jugendlichen wurden jeweils nach Belärung wieder entlassen. Die Zuführungen erfolgten durch die VP aus folgenden Gründen:
1 Jugendlicher trug das Abzeichen der Ostermarschbewegung
1 Jugendlicher trug am Revers eine Kanüle
2 Jugendliche hatten eine Beatfrisur. Aktenauszug aus MfS-Überwachung -

obachtet und kaum kontrolliert, was sich nach Öffnung der Akten allerdings als Trugschluss erwiesen hat. Um in den Club zu gelangen, musste man mindestens eine Stunde anstehen, und dann konnte man Pech haben und wurde doch nicht eingelassen.

Die Absurdität von Überwachung und Verfolgung wird an anderer Stelle deutlich, wo es heißt, dass man

So viel zur Unfreiheit und zur Willkürherrschaft des Sozialismus. Vor allem zu der Frage: Kann man den radikalen Umgang mit einer ganzen heranwachsenden Generation noch furchtbarer betreiben. Der Vergleich mit dem Dritten Reich, auf den Kamerad Rainer Buchwald so nachhaltig verweist, ist also keineswegs aus der Luft gegriffen. *B. Thonn / R.B.*

Sechzig junge Menschen aus drei Kontinenten engagieren sich zu den Sommer-Workcamps in der Gedenkstätte Sachsenhausen

Ende Juni begann in der Gedenkstätte Sachsenhausen wieder das internationale Sommer-Workcamp, zu dem bereits vor Beginn die ersten Teilnehmer in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Sachsenhausen „Haus Szczypiorski“ eingetroffen waren und wo sie bis zum 8. Juli untergebracht wurden. Sie reisten aus Armenien, Frankreich, Großbritannien, Nordirland, Korea, Jordanien, Mexiko, Russland, den USA und aus Deutschland an.

Insgesamt wurden zu den vier Workcamps bis zum 9. September

60 junge Menschen aus weiteren Ländern in der Gedenkstätte Sachsenhausen erwartet. Die Dauer wurde auf zwei bis drei Wochen am historischen Ort mit der Geschichte von Sachsenhausen festgelegt. Die Jugendlichen beschäftigen sich mit der Pflege der Gedenkstätte, unternahmen Exkursionen zu Berliner Gedenkstätten und verbrachten ihre Freizeit gemeinsam.

Neben der inhaltlichen Arbeit standen Pflegearbeiten im ehemaligen Industriebauhof sowie im ehemaligen KZ-Sonderlager, das 1946 bis

1950 als „Zone II“ Teil des sowjetischen Speziallagers war, auf dem Programm. Außerdem bekamen die Teilnehmer Gelegenheit, einen ehemaligen Häftling des Konzentrationslagers als auch des sowjetischen Speziallagers kennenzulernen.

„Es sind in diesem Jahr nicht nur deutlich mehr Teilnehmer als im vergangenen, sondern auch die Zusammensetzung der Workcamps ist internationaler als je zuvor“, begrüßte Stiftungsdirektor Prof. Dr. Günter Morsch die Jugendlichen.

Info: Dr. Seferenz (Stiftung)

Die Lichter würden um 20 Uhr ausgehen

Wie wäre es, wenn Altenheimbewohner und Häftlinge die Stätte wechselten?

Eine nachdenklich stimmende Glosse von Hugo Diederich

Setzen wir doch ältere Menschen in die Gefängnisse und die Verbrecher in Heime für ältere Menschen. Auf diese Art und Weise hätten unsere alten Leute täglich Zugang zu einer Dusche, Freizeit, Spaziergänge, Arzneimittel, regelmäßige Zahn- und medizinische Untersuchungen. Sie würden Anspruch auf Rollstühle usw. haben. Sie würden Geld erhalten, anstatt für ihre Unterbringung zahlen zu müssen.

Dazu hätten sie Anspruch auf eine konstante Überwachung durch Video, würden also im Notfall sofort Hilfe bekommen. Ihre Betten würden zwei Mal pro Woche und ihre eigene Wäsche regelmäßig gewaschen und gebügelt. Sie hätten alle 20 Minuten Besuch vom Wärter und würden Ihre Mahlzeiten direkt im Zimmer bekommen. Sie hätten einen speziellen Raum, um ihre Familie zu empfangen. Sie hätten Zugang zu einer Bibliothek, zum Gymnastikraum, physischer und geistiger Therapie sowie Zugang zum Schwimmbad und sogar das Anrecht auf kostenlose Weiterbildung. Auf Antrag wären Schlafanzüge, Schuhe, Pantoffeln und sonstige Hilfsmittel legal kostenlos zu bekommen. Private Zimmer für alle mit einer eigenen Außenfläche, umgeben von einem großartigen Garten.

So hätte jede alte Person Anspruch auf einen eigenen Rechner, einen Fernseher, ein Radio sowie auf unbeschränktes Telefonieren. Es gäbe einen Direktorenrat, um die Klagen anzuhören, und die Bewachung hätte einen Verhaltenskodex zu respektieren! Die Verbrecher hingegen würden meist kalte, bestenfalls lauwarmer Mahlzeiten bekommen, sie wären einsam und ohne Überwachung gelassen. Die Lichter würden um 20 Uhr ausgehen. Sie hätten Anspruch auf ein Bad pro Woche (wenn überhaupt!), sie würden in einem kleinen Zimmer leben und wenigstens 2.000 € pro Monat zahlen, ohne Hoffnung, lebend wieder heraus zu kommen!

Und damit schließlich gäbe es eine gerechte Justiz für alle!

Hugo Diederich

Damals mit langer Haft für Widerstand gebüßt, heute mit Gedenktafel geehrt

Flugblattaktion aus der Zeit von 1948/9 in Markkleeberg wurde keineswegs vergessen

So lange wie es schon her ist, ist es doch nicht vergessen und umsonst gewesen: Im Jahr 1949 leistete eine Gruppe von Jugendlichen der Rudolph-Hildebrandt-Schule in Markkleeberg durch Flugblattaktionen aktiven Widerstand gegen das kommunistische System, das sich damals noch in offizieller Sowjet-Herrschaft über das Gebiet der späteren DDR erstreckte. Die Jüngsten der Gruppe waren gerade 16 Jahre, doch die Strafen, die nach Aufhängen der Gruppe im September 1949 verhängt wurden, hatten es – wie in diversen anderen Fällen auch – in sich. Neun Mitglieder der Gruppe wurden zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt, drei weitere erhielten Haftstrafen von jeweils zehn Jahren. So kam insgesamt eine Summe von 255 Jahren zustande, von denen die einzelnen Häftlinge etwa sechs Jahre im Speziallager Bautzen verbüßen mussten.

Die Flugblattaktionen richteten sich gegen das diktatorische Wesen der Sowjet-Herrschaft. Menschen verschwanden, wurden bespitzelt oder diskriminiert, die Bürgerinnen und Bürger waren rechtlos. Nachdem die illegalen Aktionen seit 1948 zunächst erfolgreich verliefen, fand der Sicherheitsdienst jedoch im September 1949 die Namen der Jugendlichen heraus. Nach nächtlichen Verhaftungen folgten die üblichen qualvollen Verhöre und jene Farcen, die man aller Wahrheit zum Hohn als Gerichts- und Untersuchungsverfahren bezeichnete.

Mittlerweile sind mehrere Mitglieder der Gruppe verstorben bzw. durch Krankheit und Alter gezeichnet. Doch die Tatsache, dass sie auch von offizieller Seite in ihrer Heimatstadt nicht vergessen sind, hat die Überlebenden nun noch einmal zu einem äußerst erfreulichen Anlass aktiv werden lassen, wurde doch am

17. Juni 2011 in Markkleeberg eine Gedenktafel zu Ehren der Widerständler enthüllt. Ebenso erfreulich, dass die persönlich anwesenden vier ehemaligen Mitglieder der Widerstandsgruppe vor der Sächsischen Akademie der Wissenschaften (Leipzig) ihre Lebensläufe darstellen durften.

So kamen Brigitte Ehling, Winfried Köhler, Harald Würz und Werner Eggers noch einmal zur Anerkennung der von ihnen geleisteten Widerstandsaktivitäten. Würdigungen gab es dabei in der Ansprache von Bürgermeister Bernd Klose und durch die Teilnahme bei der Enthüllung der Gedenktafel seitens des Schulleiters der Rudolph-Hildebrandt-Schule Ditmar Apel. Auch die lokale Presse berichtete ausführlich über den Sachverhalt und präsentierte den Leserinnen und Lesern ein Foto mit den Beteiligten.

Auch die VOS schließt sich mit Vorstand und Fg-Redakteur den Glückwünschen und dem Dank an die Kameradin und die Kameraden an. Bedeutet eine solche Ehrung doch auch die Würdigung und Stärkung der Verbandsarbeit und der Widerstandstätigkeit aller anderen VOS-Mitglieder.

Fg/Harald Würz

Andreas Kaiser meint: Stelldichein im Schein der SED-Neurose?

Die SED, die wir diktatorisch nennen, hat keine demokratischen Referenzen oder Wurzeln – heute bestimmen narzisstische DDR-Neurosen die groß angelegten Rollenvorgaben der Linken. Und auch die Nachwelt lässt die Linken ja nicht los, vor allem wenn sich einige Langzeitstiller zum getanzten SED-Stelldichein gleichsam erquicken.

Andreas Kaiser

Proteste, Fluchtpläne und immer wieder Verhaftungen

Christian M. Lappe schildert im zweiten Teil seiner Fluchtbiografie den bitteren Weg durch das Schikanenwesen der Stasi und die Haftanstalten der DDR

Fortsetzung aus Fg 703 (Seite 12 bis 13)

Meine erste Stasi-Verhaftung erfolgte im Juli 1961 in einem Zug in Richtung Berlin. Ich bekam, weil ich trotz der Empfehlung meines Klassenlehrers nicht zur Oberschule durfte und man mir zwar eine Lehrstelle als Elektromonteur zusagte, diese aber eine Woche vor Lehrbeginn wieder abgesagt worden war, nur eine Lehrstelle im Bereich der Fluss- und Schleuseninstandhaltung in Kleinmachnow bei Berlin.

Weil ich einen Onkel in Westberlin hatte und die Grenze damals nach Westberlin offen war, bin ich, wenn die anderen Arbeitskollegen am Ersten Mai zum Demonstrieren nach Ostberlin fuhren, lieber nach Westberlin zu meinem Onkel gereist und verzichtete auf die Demonstration. Auch als ich diese Lehrstelle wegen

absoluten Desinteresses, schlechter Ergebnisse und anderer Dinge aufgegeben hatte (ich bin aus der DSF und der FDJ, in die unser Klassenleiter, der auch Direktor der Schule war, die ganze Klasse eingebracht hatte, in Berlin in der Wasserbauschule ausgetreten). Meinen Austritt habe ich öffentlich bei einer Betriebsversammlung erklärt. Nun fuhr ich noch öfter nach Berlin, so auch damals, als ich verhaftet wurde. Mit mir fuhren übrigens viele andere junge Leute im Zug, von denen man vermutete, dass sie ebenfalls in den Westen wollten.

Soweit ich mich erinnere, wurden wir nach ein paar Tagen in Züge gesetzt und zurück in Richtung Leipzig gebracht. Durch die Unterstützung eines Berufsschullehrers konnte ich später doch noch einen Weg finden, um zu studieren. Dieser Lehrer „reinigte“ meine Akte so gut er konnte von meinen „politischen Jugendverfehlungen“ und vermittelte mich über eine Gewerkschafts-Delegation zum Studium. Ich musste zehn bis elf Stunden täglich arbeiten, um zwei Tage in der Woche zum Studium fahren zu können. Zuvor hatte ich auch eine Ausbildung als Autoschlosser mit Erfolg abgeschlossen, und in eben dieser Zeit kam ich auch mit dem o. g. Berufsschullehrer in Kontakt.

Während meines Studiums wurde ich ein zweites Mal verhaftet, dies war 1965, als ich an einer Demonstration von Studenten auf dem Leuschnerplatz in Leipzig teilnahm. Mehr oder weniger wurden wir hier nach dem Zufälligkeitsprinzip verhaftet. Ausschlaggebend war unsere Anwesenheit auf diesem Platz. Wie man weiß, gab es in der DDR keine Demonstrationsfreiheit; so war auch dies eine illegale Demonstration.

In Wirklichkeit handelte es sich um eine Ansammlung von vielen hunderten von jungen Leuten, die warteten, dass jemand mit ihnen redet. Es kamen aber statt der

Diskussionspartner Polizei-Pkws und auch Fahrzeuge mit Kampfgruppenangehörigen und Armeeingehörigen.

Die Staatssicherheit war äußerst nervös. Viele von uns wurden von der Polizei geschlagen und auf die Ladeflächen der LKWs geworfen. Hier mussten wir uns hinkauern. Als unser LKW voll war, wurden wir ins Zuchthaus in der Beethovenstraße gefahren, nicht weit weg vom Leuschnerplatz. Dort wurden wir schräg stehend an den Wänden in Zellen und Fluren aufgereiht. Wir wurden zum Stehen durch Schlagen und Treten gezwungen, bis wir auf dem Boden liegen blieben und uns auch die Ammoniak-Riechampullen, die die Stasi uns verabreichte, nicht mehr zum Aufstehen bewegen

Das Häftlings- und Verfolgungs- schicksal

konnten. Viele sind von dort aus direkt in Zuchthäuser gebracht worden. Ich hatte Glück, wurde nach ein paar Tagen entlassen, und es blieb auch für mein Studium ohne Folgen.

Nachdem ich mein Ingenieurstudium abgeschlossen hatte, wollte mein o. g. Berufsschullehrer, der mich auch während meines Studiums betreute, dass ich auch Berufsschullehrer werde und nochmals studiere. Trotz aller Bemühung war aber kein Studien-Platz am Pädagogischen Institut zu bekommen. Als Ausweg fand er die Möglichkeit des Fernstudiums an der damaligen Karl-Marx-Universität in Leipzig in der Fachrichtung Philosophie für mich heraus. Dort konnte ich mich als Student

„Christian, da ist irgendetwas bei der Staatssicherheit gegen dich im Gange - pass auf, was du tust ...“

der Philosophie einschreiben.

1968 wurde ich aber erneut verhaftet und zwar hatte man einen Brief, den ich an einen Westdeutschen geschrieben hatte, den ich zur Messe kennengelernt habe, abgefangen und der Staatssicherheit zugeleitet. In diesem Brief, der im Messequartier dieses Westdeutschen in falsche Hände gekommen war, wurde u. a. auch die Organisation der Flucht nach Westdeutschland diskutiert. Auch waren darin 2.000 Mark Ost, die mir mein westdeutscher Freund in Westgeld umtauschen sollte, enthalten. Allein diese beiden „Delikte“ waren einen langen Zuchthausaufenthalt bei der Staatssicherheit „wert“. Ich hatte aber von meinem ehemaligen Autoschlosser-Lehrmeister (mit dem ich heute noch befreundet bin und der mich nach dem Mauerfall hier in Atlanta in den USA besucht hat) einen Tipp bekommen: „Christian, da ist irgendetwas bei der Staatssicherheit gegen Dich im Gange - pass auf was Du tust ...“. Er hatte dies von einem seiner Freunde vertraulich erfahren.

Da ich nun vorgewarnt war, machte ich eine „sorgfältige Hausdurchsuchung“ bei mir selber, bei meinen Eltern in der Wohnung in Köthen, in der ich gewohnt hatte und in der Wohnung in Bernburg, wo ich während meiner Arbeit beim Kraftverkehr, wo ich Leiter für die Instandsetzung war, wohnte. → **Schluss in nächster Fg**

„Antisozialistische Hetze gegen den antifaschistischen Schutzwall!?“ oder Wie lange wird den Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft noch die Unantastbarkeit der Würde des Menschen genommen?

Zwischen den beiden nachfolgenden Trennstrichen haben wir Text und Bild, zitiert aus einem längeren BZ-Artikel vom 20.5.2011, eingefügt

Ranghohe Ex-Militärs der DDR verteidigen in einem Buch die Berliner Mauer als "Friedensmaßnahme". Neues Buch verhöhnt Mauer-Opfer



Heinz Keßler (l.) und Fritz Streletz bei der Vorstellung ihres Buches. Die Blinden-Armbinde haben sie abgelegt. Denn dieses Mal stehen Ex-DDR-Armeegeneral Heinz Keßler (91) und Ex-NVA-Stabschef Fritz Streletz (84) nicht vor Gericht, sondern präsentieren ihr neuestes Machwerk „Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben“.

Pünktlich zur Feier der „friedenserhaltenden Maßnahme“, haben die oben gezeigten DDR-Militärs ihr Machwerk zur Verhöhnung der Opfer von Mauer und Unterdrückungsregime der DDR vorgestellt.

Wir meinen: Diese Mauer hat nie einen Krieg verhindert, sondern einen 28-jährigen totalen Krieg gegen alle nicht DDR-konformen DDR-Bürger – und das war, wie die einzigen freien Wahlen in der DDR im Jahr 1990 bewiesen – mehr als 80% der Bevölkerung. Natürlich wollten diese nicht alle ausreisen, aber doch in einem lebenswerteren Land – ohne ökologischen und ökonomischen Totalbankrott – leben.

Sachsen-Anhalts VOS-Landesgruppe hat – auch als Antwort auf das Keßler-Streletz-Machwerk – für die vorige FG einen Flyer mit einer Mahnung zum Verhindern neuer Wege zum Kommunismus drucken und beilegen lassen. Neben den mahnenden Worten auf der Titelseite und am Ende des Flyer-Textes gibt es auf den beiden Innenseiten in satirischer Form ein Aufzeigen der Strukturelemente der Mauer und der Widerlegung der „kein Schießbefehl-Lüge“ der DDR-Machthaber. Nein, es musste gar kein formaler Schießbefehl nachgewiesen werden, denn die „Behandlung“ der Mauer-Schützen nach dem Verstümmeln oder Vernichten menschlichen Lebens auf dem Todesstreifen sprechen ihre eigene Sprache (keine Untersuchung des Tathergangs, dafür aber Belobigungen Sonderurlaub, Prämien und Auszeichnungen). Auf der letzten Seite dann in sarkastischer Form der Hinweis auf die Beschränkung der Volksverhetzungsparagrafen und anderer Verbote zur Sicherung der Unantastbarkeit der Würde jedes einzelnen Menschen, laut unserem Grundgesetz, gegen die Verherrlicher der NS-Diktatur und die Verleumder und Verhöhner der Opfer der NS-Diktatur.

Die Mängel des Einigungsvertrages (fehlende Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschenrechte, auch

entgegen nationaler Gesetzgebung) liegen sicher auch in der Hektik seiner notgedrungen schnellen Fertigstellung zur Herbeiführung der Deutschen Einheit im weltgeschichtlich sehr beschränkten Zeitfenster. Daneben sind die Fehler aber auch begründet in der Ahnungslosigkeit der Vertrags-Macher aus den alten Bundesländern. Der Umfang der Verbrechen vieler DDR-Eliten und über der mehr als desolate Zustand der „DDR-Volkswirtschaft“ und andererseits natürlich auch in den erfolgreichen Versuchen vieler mitwirkender Macher aus der SED (16% in der frei gewählten Volkskammer), die natürlich alles daransetzten, ihre „teuren Genossen“ soweit wie irgend möglich vor einer gerechten Strafe zu schützen, schlagen sich deutlich nieder.

Nun, der Einigungsvertrag ist – bei all seinen Mängeln – Geschichte, die im Interesse der Nichtaufgabe des Rückwirkungsverbotes von Gesetzeswerken nicht mehr „bereinigt“ werden kann. Aber niemand hindert unsere Parlamentarier jedoch, für die Zukunft daran, die Gesetze

dahingehend zu verbessern, dass die Verherrlichung der kommunistischen Diktaturen, die Verleumdung und Verhöhnung der Opfer dieser Diktatur ab einem künftigen Zeitpunkt unter ähnliche Strafen gestellt wird, wie dies zum Schutze der Würde des Menschen für die NS-Opfer erfolgt.

Wir müssten dann zwar mit den viel zu vielen Geschichtsklitterungen linker Kräfte aus der Vergangenheit weiter leben, aber es käme nichts Neues mehr hinzu. Das Fass ist ohnehin schon übertoll.

Wer auf eine strafrechtliche Verfolgung von Verletzungen der Menschenwürde für die Opfer politischer Gewalt in der SBZ/DDR verzichten möchte, sollte den Mut haben, den Artikel 1 des Grundgesetzes nach folgendem Vorschlag zu ergänzen:

Verletzungen der Menschenwürde, von weniger als eine halbe Million Betroffener, sind als Kollateralschäden zu rechnen und nicht strafrechtlich zu verfolgen

Dies entspräche dann der sozialistischen Tonnenideologie.

Wolfgang Stiehl

Grundgesetz, Artikel 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Parallelen zwischen Franco- und SED-System sind größer als gedacht

VOS-Kameraden und spanische Studenten diskutieren in Berlin über Diktaturen

Rund 50 Kameradinnen und Kameraden aus der Bezirksgruppe Berlin und spanische Studenten diskutierten am 24. Juni im VOS-Domizil in der Hauptstadt über die

Diktaturen in der DDR und in Spanien. Es wurde der dokumentarische Streifen „Gesicht zur Wand“ gezeigt, in dem mehrere ehemalige politische Häftlinge der Stasi über

ihr Schicksal berichten.

Filmemacher Stefan Weinert und Mario Röllig als einer der Protagonisten standen im Anschluss Rede und Antwort. Es wurde festgestellt: Die Parallelen zwischen dem Franco-Regime und der SED-Diktatur sind größer als gedacht.

Die spanischen Studenten zeigten sich beeindruckt, wie die Diktatur in Deutschland aufgearbeitet werde. In Spanien dagegen werde vieles totgeschwiegen. So seien die Geheimdienstakten dort unter Verschluss.

Im Anschluss gab es wieder ein gemütliches Beisammensein bei leckerem Imbiss, wieder von fleißiger Hand organisiert.

Ein besonderer Dank gilt diesmal Petra Ostrowski und Roland Schulz. Aufgrund der positiven Resonanz der Mitglieder plant der Berliner Bezirksgruppenvorstand die nächste Veranstaltung bereits für Ende September.



Az: L 8 R 437/05 – Gericht entschied: Keine posthume Ehrenrente für Wolf

Revision vom Berliner Landesgericht ebenfalls nicht zugelassen

Obwohl er bereits 2006 verstorben ist, lief nun immer noch die Klage gegen die Aufhebung der Gewährung der Ehrenrente für den früheren Auslandsgeheimdienst-Chef der DDR. Markus Wolf war die Rente für seine Verdienste als „Kämpfer gegen den Faschismus“ bereits 2003 aberkannt worden, weil die Verantwortlichkeit für die Freiheitsberaubung sowie die Bespitzelung Jugendlicher in der DDR in ihrem Ausmaß so hoch gewesen seien, dass damit gegen Menschenrecht verstoßen wurde. Es hieß, als „Stütze und Nutznießer eines von ihm mitgeschaffenen totalitären Apparates“ stehe ihm die Ehrenrente, die er neben seiner Altersrente erhielt, nicht zu. Das Gericht sprach von der Gleichgültigkeit gegenüber den Betroffenen.

Allerdings sollte man nicht vergessen: Die Missachtung der Menschenrechte war in Wolfs Fall sicherlich nicht geringer als bei allen Politbüro-Mitgliedern und hohen Staatsfunktionären, die – Antifa-Ehrenrente oder nicht – der west-

deutschen Justiz entslüpft sind. Allen voran jene zwei Erichs, die sich im Angesicht der juristischen Aufarbeitung bestenfalls als Abziehbilder ihrer vormaligen Überheblichkeit erwiesen. Alle waren an der Unterdrückung der Bevölkerung insgesamt und an der Bestrafung vieler Einzelner beteiligt.

Die Ehrenrente wurde Wolf bereits zu DDR-Zeiten gezahlt, er erhielt sie nach der Wiedervereinigung weiter, obwohl der Versicherungsträger mehrfach versucht hatte, die Gewährung aus den vorgenannten Gründen zu unterbinden.

Markus „Mischa“ Wolf war von 1953 bis 1986 Leiter des Auslandsgeheimdienstes (HVA) der DDR gewesen. Er hat damit in der Tat auf die westlichen Staaten, voran die Bundesrepublik, einen hohen (Informations)Zugriff gehabt. 1997 wurde er zu einer Bewährungsstrafe wegen Freiheitsberaubung verurteilt. Ein vordem gegen ihn verhängtes Urteil war wieder aufgehoben worden. Trotz der Vorstrafe war Wolf zu einem Lieb-

ling der Medien avanciert, seine Bücher dürften bessere Verkaufszahlen erreicht haben als die Bücher der meisten DDR-Häftlinge.

Das Urteil, gegen das vom Landesgericht Berlin keine Revision zugelassen wurde, macht eine weitere Komponente deutlich: Da die Witwe die Klage weiter führte, hieß dies, dass es hier auch um Rechtsansprüche von Hinterbliebenen geht. Im Falle der Ehrenrente eines ehemaligen DDR-Häftlings war entschieden worden, dass nach dem Tod kein Anspruch auf Nachzahlung bestehe. Der Anspruchsberechtigte war verstorben, bevor er den Bescheid erhielt. Seiner Witwe wurde daraufhin nicht mal die Rente nachgezahlt, die das Opfer noch zu Lebzeiten erhalten hätte. Damit werden einmal mehr die Nachteile zur Ehrenpension für ehemalige politische Häftlinge des SED-Regimes deutlich. *B. Thonn*

Lesen Sie nachfolgend auf Seite 23 zum selben Thema den Brief eines VOS-Mitglieds an mehrere hohe deutsche Politiker.

Sind wir Opfer 2. Klasse? Oder warum werden wir benachteiligt?

Ein Brief zur Ehrenpension an die führenden Politiker, der uns allen aus den Herzen spricht

Von den Empfängern der Ehrenpension wird seit Langem bemängelt, dass es noch immer grobe Lücken bei der Gewährung gibt und vor allem im Vergleich zu den NS-Opfern, die vielfach zu Stasi-Tätern wurden, Benachteiligungen deutlich sichtbar sind. Nun hat sich der Kreisvorsitzende der VOS Wittenberg, Kamerad Helmut Schmidt mit einem markanten Brief an führende Politiker gewandt, um Besserungen einzufordern. Lesen Sie nachstehend die gekürzte Fassung des Briefes, der die Mängel deutlich macht.

Aufgrund meiner Haftzeit, ich war 10 Jahre, 1 Monat und 20 Tage inhaftiert, davon 9 Jahre und 10 Monate bei der Stasi in Berlin-Hohenschönhausen, und meiner Recherchen nach 1989 kann ich bestätigen, dass viele Stasi-Offiziere, vom Oberstleutnant bis zum Feldwebel, in der DDR als Mitglieder der Vereinigung Verfolgter des Naziregimes und später als Mitglieder des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer Sonderzuwendungen bzw. als Opfer des Faschismus eine Ehrenrente erhielten.

Viele Offiziere und niedere Dienstgrade der Stasi bezogen im SED-Staat eine Ehrenrente als Opfer des NS-Regimes.

Diese Stasi-Mitglieder, die bereits in der DDR über ihre angebliche Opferrolle Sonderzuwendungen erhielten, „verkauften“ sich heute als Verfolgte des Naziregimes und verschweigen ihre Unrechtstaten im SED-Regime. Warum wurden/ werden diese Täter nicht überprüft? Wir SED- und Stasi-Opfer hingegen mussten schriftlich bestätigen, dass wir weder offiziell noch inoffiziell für die Stasi tätig waren.

Viele Offiziere und auch niedere Dienstgrade der Stasi bezogen im SED-Staat eine Ehrenrente als Opfer des NS-Regimes von monatlich

1.400 Mark der DDR unabhängig von deren Haftzeit. Herr Schäuble schanzte diesen Verbrechern ohne Wenn und Aber im Einigungsvertrag, die Anerkennung und Fortzahlung der Ehrenpension zu. Wichtig zu wissen ist, dass „NS-Opfer“ in der DDR nur vom SED-Staat anerkannt und ihnen die Ehrenrente gewährt wurde, wenn sie sich als

Margot Honecker, obwohl nicht inhaftiert gewesen, bekommt eine Ehrenpension von ca. 400 € monatlich nach Chile.

SED-Mitglied, als GI, IM oder als offizielle Mitarbeiter der Stasi verpflichtet hatten. Auch Margot Honecker, obwohl nicht inhaftiert gewesen, bekommt eine Ehrenpension von ca. 400 €, die monatlich nach Chile überwiesen wird.

Länder wie China, Syrien, Libyen, Tunesien u. a. werden von unserer Bundesregierung zur Einhaltung der Menschenrechte ermahnt. Im eigenen Land jedoch werden Menschenrechtsverletzungen von ehemaligen Stasi-Mitarbeitern belohnt. Die von ihnen verübten Verbrechen gegen die Menschlichkeit führten bisher nicht zu einer Aberkennung einer zu DDR-Zeiten zuerkannten Ehrenpension. NS-Opfer erhalten eine Ehrenpension unabhängig vom Einkommen. Den SED- und Stasi-Opfern wird jedoch ihr Verdienst bzw. ihre reguläre Rente angerechnet, so dass nur ein geringer Anteil der Stasi-Geschädigten Opferrenten erhält. Weiterhin bleiben bei der Berechnung der Renten für SED- und Stasi-Opfer Gesundheitsschäden aufgrund der Haftzeit unberücksichtigt.

Die Hinterbliebenen von SED- und Stasi-Opfern haben keinen Anspruch auf eine Hinterbliebenenrente, obwohl sie die Last der Repressionen mitgetragen haben. Und auch nach der Haftentlassung wur-

den Opfer und ihre Familien weiter von den Stasi- und SED-Schergen beobachtet, erniedrigt und bedroht.

Wir, die von den Stasi-Schergen verhaftet, eingesperrt, misshandelt und zu sehr hohen Zuchthausstrafen verurteilt wurden, erwarten von der Bundesregierung die Gleichbehandlung von NS- und Stasi-Opfern. Dies beinhaltet:

- dass Rentenzahlungen (wie bei NS-Opfern) unabhängig von den jeweiligen Einkünften und unabhängig von der Haftzeit gezahlt werden,
- dass Gesundheitsschäden während und infolge der Haft Berücksichtigung finden
- dass Hinterbliebene von SED- und Stasi-Opfern Anspruch auf eine Hinterbliebenenrente (wie bei NS-Opfern in Höhe von mindestens 400 €) haben.

In Anbetracht der Gründe für die beiden geforderten Anliegen bleibt festzustellen, dass den Tätern des SED- und Stasi-Regimes ein Anspruch auf eine Fortzahlung von NS-Opferrenten unter Ausblendung ihrer Stasi-Verbrechen von Beginn an anerkannt wurde. Den Opfern hingegen wird unter jahrelanger Verzögerung, nur schrittweise auf Verlangen der Opferverbände, ein deutlich geringerer Anspruch unter wesentlich größeren Hürden zugestanden. Sind wir Opfer 2. Klasse?

Dies entspricht nicht den Wahlversprechen von CDU und FDP. Unter verschiedenen Vorwänden wurde eine konsequente Gleichbehandlung der SED- und Stasi-Opfer im Vergleich zu den NS-Opfern immer wieder aufgeschoben. Die Wiedervereinigung liegt mehr als 20 Jahre zurück. Wann wollen Sie handeln?

*Helmut Schmidt
Bezirksgruppe Wittenberg*

Das Schreiben ging u. a. an: Angela Merkel, Wolfgang Schäuble, Philipp Rösler, Guido Westerwelle

Wir trauern um

**Hans Steinmetz
Ingeborg Putz
Rainer Wolf
Wolfgang Driefmeier
Albert Colditz
Wolf-Dieter Polter**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

**Bezirksgruppe Eisleben
Bezirksgruppe Wittenberg
Bezirksgruppe Suhl
Bezirksgruppe Prenzlau
Bezirksgruppe Chemnitz
Bezirksgruppe Chemnitz**

Einzelchicksale aufgedeckt, ei- ner Suchenden geholfen

*Edda Ahrberg und Dorothea Harder legen erweiter-
te Neuaufgabe ihrer Sammlung vor*

Anlässlich des 58. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 gaben die VOS-Kameradinnen Edda Ahrberg (erste Landesbeauftragte in Sachsen-Anhalt) und Dorothea Harder (früher Landesgeschäftsführerin der Opferverbände in Sachsen-Anhalt) eine erweiterte Neuaufgabe des Bandes „Abgeholt und verschwunden (2)“ heraus. Der Band enthält Berichte über nichtverurteilte Speziallagerhäftlinge aus Sachsen-Anhalt und ihre Angehörigen und knüpft somit an bereits vorliegende Veröffentlichungen an.

Herausgeber der Schriftenreihe ist der Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. – Landesgruppe Sachsen-Anhalt.

Erscheinungsdatum war der 17. Juni 2011. Das Buch kann unter der Anschrift bezogen werden:

Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.
Umfassungsstr. 76, 39124 Magdeburg
Bestellung auch über E-Mail: vos-md@t-online.de

Die Schutzgebühr beträgt 5 € plus Versandkosten, der Band umfasst 165 Seiten.

Das Buch, dessen Erstellung und Druck vom Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt gefördert wurde, erschien 2009 in erster Auflage. Daraufhin gab es eine sehr große Resonanz. Die jetzt vorliegende Auflage wurde um drei Schicksale aus Badersleben, Grieben und Wanzleben von 25 auf 28 Biografien erweitert. Die Herausgeberinnen möchten die Geschichte einzelner Personen aus dem Norden Sachsen-Anhalts in Erinnerung rufen, die unmittelbar nach Kriegsende im Sommer 1945 festgenommen wurden und ohne Urteil die menschenverachtenden Haftbedingungen in den sowjetischen Speziallagern nicht überlebten. Ihre Angehörigen erhielten meist erst nach dem Ende von DDR und Sowjetunion dank des DRK-Suchdienstes genauere Informationen über die Sterbeorte und Todesursachen. Einer Frau aus Grieben konnte im Rahmen des Projektes geholfen werden, im Jahr 2010 endlich die Begräbnisstätte ihres Vaters in der Sowjetunion ausfindig zu machen.

Mit der Dokumentation ist die Hoffnung verbunden, dass es gelingt, diese Menschen, die zu denen gehören, die die Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg mit ihrem Leben bezahlten, angemessen in die Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur aufzunehmen. Wir möchten alle ermutigen, sich mit den Ereignissen in ihrer Heimat zu beschäftigen und die wenigen noch lebenden Zeitzeugen daraufhin zu befragen.

Die neue Broschüre war erstmals am 17. Juni 2011 auf der alljährlich stattfindenden Gedenkveranstaltung der Verfolgtenverbände Sachsen-Anhalts, die mit einer Kranzniederlegung um 10.30 Uhr an der ehemaligen Magdeburger Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit (Umfassungsstraße 6) begann, erhältlich.

*Johannes Rink,
Bundes- und Landesvorsitzender der VOS*

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
PVSt Deutsche Post
Entgelt bezahlt
A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag
von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 - 2300 56 23

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion: A. Richter

redaktion@vos-ev.de

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag zugleich Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Jahresbeiträge:

- Mitglieder, einschl. Freiheitsglocke
 - alte Bundesländer 45,00 €
 - neue Bundesländer 40,00 €
- Ehepartner 15,00 €
- Aufnahmegebühr Mitglieder 2,60 €
- Abonnement 24,00 €

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (707) erscheint im September 2011

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 705/6: 22. Aug. 2011